



1/2020

# aktuelle



## Vorklassen



Zeitschrift  
des Verbandes Bildung  
und Erziehung (VBE),  
Landesverband Berlin  
49. Jahrgang

Februar / März 2020

Gewerkschaft für  
pädagogisches Personal  
in Berlin

**Forum:  
Vorklassen**

# Inhalt

Leitartikel	3
Landesvorstand	4/5
Junger VBE / Studierende / Junglehrer*innen / Erzieher*innen	5/6
Tarifgeflüster	12/13
Nachrichten	15
VBE	15
dbb	16
Senatsbildungsverwaltung	17
Senioren	20
Bildungspolitik	22
Frauen	22
Digitale Bildung	23
Forum	25
Meinung	28/29
Seitenblicke	31
Infos & Technik	32
Alles was Recht ist ...	34

## In eigener Sache

### Redaktionsschluss

Ausgabe 2/2020: 25.03.2020

Ausgabe 3/2020: 03.06.2020

### VBE Berlin

Geschäftsstelle

Ebersstr. 10, 10827 Berlin

Tel.: 030 787954-0

Fax: 030 787954-11

E-Mail: [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)

Homepage: [www.vbe-berlin.de](http://www.vbe-berlin.de)

### Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do 8.00 bis 16.00 Uhr

Mi 8.00 bis 16.30 Uhr

Fr 8.00 bis 13.00 Uhr

### Rechtsschutzbeauftragter:

Hagen Keffel / 030 26075934

Mo 18.30 bis 19.30 Uhr

### Pensionsbeauftragter:

Heiner Sievert /

Termine: 030 787954-0

Mo 13.30 bis 15.30 Uhr

# Termine:

## Februar

Do, 12.02.2020, 16.30 Uhr,

HV-Sitzung, Debeka

Do., 27.02.2020, 17.30 Uhr,

2. VBE-Personalräte-Konferenz,  
VBE-Geschäftsstelle, Ebersstr. 10, 10827 Berlin

## März

Sa., 14.03.2020, 09.00 Uhr,

1. Hilfe Kurs  
VBE-Geschäftsstelle, Ebersstr. 10, 10827 Berlin

Di., 10.03.2020, 18.00 Uhr,

Jahreshauptversammlung REI,  
ACHTUNG NEUER ORT: Landhaus Schupke,  
Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin

Di., 17.03.2020, 17.00 Uhr,

Jahreshauptversammlung Treptow-Köpenick,  
Vero Ristorante, Alt Köpenick 20, 12555 Berlin

Do., 19.03.2020, 18.00 Uhr,

Jahreshauptversammlung MAR-HEL,  
Ernst-Haeckel-Oberschule, Haupthaus,  
Raum 317 (Küche), Luckenwalder Str. 53,  
12629 Berlin



## Komm an Bord

Ein Törn auf einem Clipper Traditionssegelschiff auf der Ostsee zählt zu den unvergesslichen Erlebnissen. Wind und Wetter sowie der Schiffsbetrieb formen aus einer Crew eine Gemeinschaft. Durch die aktive Einbindung in den Bordbetrieb entwickeln sich Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein. Von Mai bis Oktober laufen unsere Segler mit 20 bis 30 Kojenplätzen zu einwöchigen Törns aus.

Infos über die Törns erhalten Sie unter folgender Anschrift:  
Clipper DJS e.V. · Bauemvogtei 2 · D-21465 Reinbek · Tel.: 040/82278103 · Fax 040/82278104  
oder im Internet unter [www.Clipper-DJS.org](http://www.Clipper-DJS.org) · e-Mail: [buero@Clipper-DJS.org](mailto:buero@Clipper-DJS.org)

## Impressum

**Herausgeber:** VBE Berlin, Ebersstr. 10, 10827 Berlin; Tel.: 030 787954-0; Fax: 030 787954-11;  
**Verantwortlich:** Heidrun Quandt (Landesvorsitzende)/Redaktionsteam; **E-Mail:** [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de); [www.vbe-berlin.de](http://www.vbe-berlin.de); **Anzeigenverwaltung:** A.V.I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft, Hauptstr. 68 A, 30916 Isernhagen, Tel.: 05139 985659-0, [info@avi-fachmedien.de](mailto:info@avi-fachmedien.de); **Fotos:** pixabay, VBE Berlin; **Grafikdesign:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Telefon: 030 7261917-0, [kontakt@dbbverlag.de](mailto:kontakt@dbbverlag.de); **Auflage:** 5 Jahresausgaben ISSN-Nr. 0942-2447, Bezugspreis: 15 € zzgl. Versandkosten.



Anregungen, Lob und Kritik bitte an die Redaktion unter:  
030 78 79 54-0 oder [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)

# Vom Wert der Handschrift für die Bildung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Verordnungen und Gesetze in Berlin sind in mancher Hinsicht den Computerprogrammen aus dem Hause Microsoft ähnlich:

Jährlich gibt es ein Update, dessen Sinn sich nicht immer erschließt. Microsoft verdient damit Geld, die Berliner Verwaltung und Politik zeigt, dass sie nicht untätig ist. Häufig sind diese Änderungen ärgerlich, im hier zu behandelnden Fall jedoch kann man die Änderung nur begrüßen.

Es geht um den § 19 der Grundschulverordnung, genauer um Absatz 9. Dieser lautet seit der letzten Änderung im September 2019: „Handschrift wird bis einschließlich Jahrgangsstufe 6 beurteilt. Die Beurteilung erfolgt stets verbal.“

Bislang wurde die Handschrift in Berlin nur bis Jahrgangsstufe 4 beurteilt.

Diese Änderung ist den Lehrer\*innen, die sie umzusetzen haben, in keiner Weise erläutert worden. Lediglich den Schulleiter\*innen wurde die Änderung in einer E-Mail mitgeteilt (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-wichtigsten-neuerungen-das-aendert-sich-im-neuen-schuljahr-in-berlin/24871074.html>). Aus dem diesbezüglichen Artikel des Tagesspiegels geht klar hervor, dass auch den Schulleitungen Ziel und Anlass dieser Änderung nicht bekannt gegeben wurden. Es liegt nahe, dass die Senatsbildungsverwaltung mit dieser Änderung mehr Gewicht auf die Handschrift der Schüler\*innen legen, sie letztlich verbessern will.

Diese Absicht ist aus mehreren Gründen zu loben.

Zunächst einmal ganz pragmatisch und eigennützig aus der Sicht der Lehrer\*innen, auch der Jahrgangsstufen 7–13: Es ist anstrengend und ermüdend, schwer lesbare Klassenarbeiten zu korrigieren. Es wäre eine erhebliche Erleichterung der Arbeit (und das Korrigieren von Klassenarbeiten und Klausuren gehört zu den Kernaufgaben der Lehrkräfte), wenn man nicht so viel Zeit und Mühe aufs Entziffern verwenden müsste. (Eine persönliche Bemerkung dazu: Selbst mir gelingt es mitunter nicht, ein Wort eines Fünft- oder Sechstklässlers – Mädchen schreiben überwiegend lesbar – zu dechiffrieren. Dabei habe ich mich zwanzig Jahre lang pro-

fessionell mit sehr schwer lesbaren Handschriften des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit beschäftigt).

Dann, zunächst auch sehr pragmatisch gedacht, aus Sicht der Schüler\*innen: Es ist schlecht, wenn man die Aufzeichnungen, die man im Unterricht oder zu Hause angefertigt hat, nicht zur Vorbereitung auf Klassenarbeiten und Klausuren nutzen kann, weil man sie nicht entziffern kann. Eine schlecht lesbare Handschrift führt darüber hinaus zu Irritationen bei Lehrkräften, so dass eventuell schlechtere Zensuren zu befürchten sind (auch wenn sich die Lehrkräfte mit viel Hingabe um die Entzifferung bemühen).

Ungleich bedeutender aber ist die Auswirkung der Handschrift auf die Bildung des Individuums. Selbst für den erwachsenen Menschen ist das Schreiben mit der Hand einprägsamer als das Schreiben mit der Tastatur. Man merkt sich den Inhalt des Geschriebenen besser. Viel mehr noch ist das Schreiben mit der eigenen Hand, analog auf Papier, für Kinder prägend. Daher ist es keineswegs gleichgültig, welche Schrift wann gelehrt und erlernt wird. Es muss darum gehen, dass die Schüler\*innen möglichst rasch, möglichst flüssig und möglichst fehlerfrei Schreiben lernen. Wie das gelingen kann, gehört zu den umkämpften Feldern der Grundschuldidaktik. Man muss jedoch feststellen, dass es mit den derzeit in Gebrauch befindlichen Methoden nur sehr unvollkommen gelingt. Andernfalls wären die Schriften der Schüler\*innen ja leicht zu lesen. Vielleicht wäre es an der Zeit, zu bewährten Methoden und Verfahren zurückzukehren.

Dazu zwei Beispiele.

Neben der Graphem-Phonem-Zuordnung ist es vor allem die Wortgrenze, die Schreibanfänger\*innen Mühe bereitet. Diese ist aber bei einer kursiven (verbundenen) Schreibschrift sehr viel klarer markiert als bei einer nicht verbundenen Druckschrift. Auch sind die Buchstabenformen der Schreibschrift distinkter. Ein Beispiel: Bei sechs- oder siebenjährigen Kindern ist häufig die Links-Rechts-Orientierung noch nicht sicher. Wenn man sich die Buchstaben b und d in der Druckschrift ansieht, dann unterscheiden sie sich ausschließlich durch ihre Links-Rechts-Orientierung. Sie sind für die genannten Kinder



nicht unterscheidbar. In der Schreibschrift hingegen sind dies klar unterscheidbare Buchstaben (b vs. d).

Derzeit ist es den Schulen (beeindruckend hierzu die Website der Johannes-Tews-Grundschule in Steglitz, die ihr Bewertungsraster als Download zur Verfügung stellt; [https://www.jtg-berlin.de/fileadmin/files/Download\\_Eltern/Handschrift\\_Bewertungskriterien.pdf](https://www.jtg-berlin.de/fileadmin/files/Download_Eltern/Handschrift_Bewertungskriterien.pdf)) bzw. den Lehrkräften überlassen, wie sie die Handschrift beurteilen.

Die erhöhte Bedeutung, die der Handschrift mit der erwähnten Änderung der Grundschulverordnung beigemessen wird, ist – und hier wiederhole ich mich gerne – nachdrücklich zu begrüßen. Ich würde mir wünschen, dass sie eine öffentliche Debatte anstößt. Wer dieses Thema vertiefen möchte, dem sei das durchaus kurzweilige Buch ‚Wer nicht schreibt, bleibt dumm. Warum unsere Kinder ohne Handschrift das Denken verlernen‘ von Maria Anna Schulze Brüning und Stephan Clauss (München 2017) empfohlen.

Es liegt im Interesse der Schüler\*innen (und nun auch der Senatsbildungsverwaltung), dass sie eine leicht lesbare und ästhetisch ansprechende Handschrift schreiben können. Damit sie das leicht erreichen können, wünsche ich ihnen zwei Dinge:

(1) Sie sollen zunächst eine Schreibschrift und nicht eine Druckschrift lernen dürfen.

(2) Als Schreibschrift sollen sie die Schulausgangsschrift oder die Lateinische Ausgangsschrift lernen, nicht aber die vereinfachte Ausgangsschrift. Und wenn man mich dieser Wünsche wegen einen ewig gestrigen Fortschrittsverweigerer schimpfen möchte, dann soll man es ruhigen Gewissens tun.

Leider kann ich nicht erkennen, dass die Einführung der Druckschrift als erste Handschrift und die der vereinfachten Ausgangsschrift als erste Schreibschrift

irgendetwas zu einer insgesamt besseren Schreibfähigkeit der Schüler\*innen beigetragen hätte.

Noch weniger haben diese Reformen dazu geführt, dass die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien abgenommen hätte. Das aber waren genau die Argumente, mit denen die Einführung der Druckschrift und der vereinfachten Ausgangsschrift propagiert worden sind.

Jedenfalls wird die hier diskutierte Änderung der Grundschulverordnung un-

weigerlich dazu führen, dass der Handschrift unserer Schüler\*innen mehr Bedeutung zukommt. Das wird zu Diskussionen führen, die nicht vorschnell unterbunden werden sollten.

Es könnte ja sein, dass als Ergebnis dieser Diskussionen die Lehrkräfte an den Sekundarschulen und Gymnasien Berlins sich in ein paar Jahren daran erfreuen, dass die Klassenarbeiten ihrer Schüler\*innen sauber und lesbar geschrieben sind.

Ihr Hanno Rüter

## Landesvorstand

# Weitere Schulplätze für den Schwerpunkt Geistige Entwicklung an Förderschulen

**Liebe Mitglieder, sind Ihre Mitgliedsdaten noch aktuell?**

- **Arbeiten Sie in Teilzeit?**
- **Hat sich Ihre Besoldungs- oder Entgeltgruppe/ Stufe geändert?**
- **Haben Sie die Schule gewechselt?**
- **Sind Sie umgezogen?**
- **Hat sich Ihre Telefonnummer oder E-Mail geändert?**
- **Gehen Sie in den Ruhestand?**

**Bitte teilen Sie uns zeitnah mit, wenn sich bei Ihnen etwas ändert.**

**Nur bei korrekten Angaben können wir Sie aktuell informieren.**

**Vielen Dank.**

**Geschäftsführender Vorstand**



Unter dem Motto „Gute Bildung mitgestalten“ wird der **Deutsche Lehrertag 2020** im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattfinden. Aus über 30 fach- und schulformspezifischen sowie übergeordneten Veranstaltungen werden Teilnehmende ihr persönliches Fortbildungsprogramm zusammenstellen können. Matthias Herzog, Schulcoach, Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen und Experte zum Thema „Resilienz“, hält den Hauptvortrag „LEBE motiviert als Lehrkraft – Erfolgreiches Selbstmanagement beginnt im Kopf“.

Eine Anmeldung zum Deutschen Lehrertag 2020 in Leipzig ist ab dem 13. Januar 2020 auf [www.deutscher-lehrtag.de](http://www.deutscher-lehrtag.de) möglich.

„Der VBE Berlin begrüßt die Entscheidung der Bildungsministerin, Sandra Scheeres, rund 800 weitere Schulplätze für den Schwerpunkt Geistige Entwicklung an Förderschulen zu schaffen“, er-

klärt die Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Berlin, Heidrun Quandt.

„Dies ist ein erster Schritt, um die vorhandenen Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung zu entlasten, so wie es der VBE Berlin in einem Brief an Frau Scheeres gefordert hat.“

VBE-Pressdienst 1/2020

## VBE-Personalrätekonferenz Anlässlich der Personalratswahlen 2020

**findet ein VBE-Seminar statt. Wir laden alle VBE-Personalräte, -Nachrücker und Kandidaten dazu ein.**

**VBE-Seminar 2020 B263 SK**  
**Datum: Montag, 30. März 2020**  
**Zeit: 09.00 bis 16.00 Uhr**  
**Ort: Hyperion Hotel Berlin, Prager Str. 12, 10779 Berlin**

Seminar-Themen:

1. Personalratswahlen 2020
  - Wahlthemen,
  - Wahlwerbung,
  - Plakate, Bilder, Texte, Slogan

Anmeldungen: ab sofort unter [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)

**Besoldungstabelle für Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin  
Gültig ab 1. Februar 2020**

Erfahrungszeiten	2 Jahre	3 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4–A7 2 Jahre)			4 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4–A8 3 Jahre)			
		Besoldungs- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	
A 4	2.180,53	2.245,92	2.301,68	2.357,33	2.387,03	2.419,06	2.474,72	2.549,00
A 5	2.196,47	2.275,73	2.332,51	2.391,95	2.449,99	2.511,99	2.567,48	2.620,79
A 6	2.244,83	2.311,53	2.437,61	2.501,97	2.560,02	2.626,96	2.686,31	2.749,43
A 7	2.336,35	2.400,50	2.480,89	2.626,96	2.715,99	2.791,28	2.850,67	2.956,99
A 8	2.471,10	2.639,24	2.745,61	2.851,94	3.008,95	3.094,30	3.159,28	3.221,69
A 9	2.621,81	2.712,13	2.851,94	3.011,51	3.128,69	3.273,90	3.358,90	3.441,23
A 10	2.812,45	2.932,34	3.128,69	3.327,55	3.472,61	3.617,69	3.751,00	3.860,78
A 11	3.222,96	3.409,85	3.599,38	3.790,19	3.915,67	4.051,60	4.213,66	4.312,98
A 12	3.463,45	3.818,94	3.915,67	4.174,45	4.293,37	4.524,70	4.613,57	4.774,35
A 13	4.090,78	4.301,23	4.511,64	4.723,36	4.922,03	5.016,14	5.214,79	5.319,33
A 14	4.306,44	4.576,98	4.876,29	5.142,90	5.324,58	5.499,70	5.687,91	5.881,33
A 15	5.282,74	5.555,89	5.715,35	5.903,55	6.091,76	6.278,64	6.431,56	6.655,06
A 16	5.834,29	6.119,21	6.336,16	6.553,13	6.768,78	6.985,72	7.202,67	7.415,73

## Wechsel an der Spitze des Jungen VBE

„Es war eine tolle Zeit! Manchmal anstrengend, auch mal niederschmetternd, aber mit euch immer schön“, das waren die abschließenden Worte der bisherigen Bundessprecherin des Jungen VBE, Kerstin Ruthenschroer aus Nordrhein-Westfalen. Schweren Herzens legte sie am 22.11.2019 im Rahmen des Bundestreffens des Jungen VBE in Berlin ihr Amt aus persönlichen Gründen nieder

In ihrer 7-jährigen Amtszeit hat die junge Mutter für den Jungen VBE viel erreicht. Aus einer kleinen Gruppe von nur wenigen Landessprechern zu Beginn ihrer Amtszeit wurde dank ihres Engagements ein starkes Team, das sich aus Landessprecherinnen und Landessprechern fast aller Bundesländer zusammensetzt. Gemeinsam mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern gelang es ihr, die Zeitschrift Aha (Arbeitshilfen für Anwarter) neu aufzulegen,



einen einheitlichen Schriftzug des Jungen VBE in allen Bundesländern durchzusetzen und zuletzt die Selbstständigkeit des Jungen VBE Bund zu erreichen.

Auf der VBE-Bundesversammlung bedankte sich der Bundesvorsitzende Udo Beckmann bei Kerstin Ruthenschroer. Dabei würdigte er vor allem auch ihr in-



ternationales Engagement im Rahmen der Holocaust-Gedenktage in den vergangenen Jahren.

Zur neuen Bundessprecherin des Jungen VBE wurde Susann Meyer aus Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Sie wird vertreten von Anna Maria Althelmig aus Berlin. Aufgrund der neuen Selbstständigkeit des Jungen VBE Bund, mit der ein eigenes Budget einhergeht, war es außerdem notwendig einen Schatzmeister zu wählen. Dieses Amt übernimmt künftig René Michel aus Sachsen.

Der Junge VBE Hessen wurde auf dem Bundestreffen, sowie auf der anschließenden Bundesversammlung, durch Lisa Döring (VBE Groß-Gerau/Main-Taunus-Kreis) vertreten.

Sabine Gärtner und Mira Brühmüller ■

## Online-Umfrage zum Thema Sozial- und Erziehungsdienst

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) aus dem Herbst 2015 war ein hart erkämpfter Kompromiss. Gewerkschaften und Arbeitgebende haben sich darauf verständigt, sich ab 2019 über die Erfahrungen mit dem Abschluss und die notwendige Weiterentwicklung auszutauschen. Bevor wir im nächsten Jahr in Tarifverhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) eintreten, wollten wir uns ein möglichst breites Meinungsbild einholen und haben Euch gebeten, an unserer Online-Umfrage teilzunehmen. Ziel der Umfrage war es, zu erfahren, was der Tarifabschluss von 2015 im SuE-Bereich bewirkt hat, was funktioniert hat und wo wir nacharbeiten müssen. Im Zuge der Auswertung ist deutlich geworden, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen an unserer Umfrage beteiligt haben, die in ihren Berufen und von ihren Arbeitgebern noch nicht genug Wertschätzung erfahren haben. Die vielen differenzierten Antworten helfen uns sehr, wenn wir in die Detailarbeit mit den Arbeitgebern bei den anstehenden Verhandlungen im Jahr 2020 einsteigen. Nachfolgend haben wir die Ergebnisse der Umfrage zusammengefasst.

### 1. Bist Du rückblickend betrachtet mit der Tarifeinigung zum Sozial- und Erziehungsdienst aus dem Herbst 2015 insgesamt zufrieden?

Alle, die an dem Tarifergebnis 2015 mitgewirkt haben, wissen, dass diesem eine sehr konfliktreiche Auseinandersetzung mit wochenlangen Streiks sowie zwei Urabstimmungen bei zunächst abgelehntem Schlichterspruch vorausgegangen war. Die letztlich erzielte Einigung war ein hart umkämpfter Kompromiss, bei dem einige Forderungen leider nicht durchgesetzt werden konnten. Trotz vieler Verbesserungen spiegelt sich dieser Kompromiss auch im Ergebnis bei den Befragten wider. Denn ein überwiegender Teil der Beschäftigten sieht aus jetziger Sicht noch Handlungsbedarf. Jedoch lassen sich nicht alle Fragen am Tariftisch klären. Viele Bereiche unterliegen gesetzlichen und landesspezifischen Regelungen, auf die nur eine sehr begrenzte Einflussnahme möglich ist. Wichtig bleibt aber natürlich auch, die Verbesserung und die Anpassung der Rahmenbedingungen für die Beschäftigten an die sich stetig verändernden Gegebenheiten, um die Arbeitsplätze insgesamt attraktiver zu gestalten.

### 2. Hat sich seit der Tarifeinigung die Personalsituation in Deiner Einrichtung/Dienststelle verbessert?

Auch bei dieser Frage wird deutlich, dass der Personalmangel in den Einrichtungen und Dienststellen weiterhin ein zentrales Thema der Beschäftigten ist. Neben einer angemessenen Bezahlung muss die Personalsituation zeitnah an die gesetzlichen Veränderungen angepasst werden. Nur beispielhaft sei hier der Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Einführung des Bundesteilhabegesetzes und die damit verbundenen Anforderungen in der Behindertenhilfe genannt. Ein weiteres Thema ist die noch fehlende flächendeckende Ausbildungsvergütung im SuE-Bereich. All diese Umstände führen dazu, dass hier für einen Großteil der Befragten dringender Handlungsbedarf besteht, um eine ausreichende personelle Besetzung sicherzustellen.

### 3. Hat die Tarifeinigung Deiner Ansicht nach die Attraktivität der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst gesteigert?

Ziel der Tarifausensatzung im Jahr 2015 war zudem die Aufwertung der Aufgaben und Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst, die einen überaus wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Dieser Prozess der Aufwertung muss weiter vorangetrieben werden, um die Attraktivität dieser Berufsgruppen zu steigern. Denn die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen

fühlt sich noch immer nicht ausreichend wertgeschätzt.

#### 4. Was sind aktuell für Dich die größten Belastungen/Probleme im Arbeitsalltag?

Eindeutig im Fokus der Befragten steht hier insgesamt eine bessere Bezahlung ihrer Arbeit. Nach Einschätzung der Befragten spiegelt auch die Eingruppierung oftmals nicht annähernd die Anforderungen wider, die die tatsächliche Tätigkeit mit sich bringt. Prozentual genauso belastend ist für eine Vielzahl der Befragten, dass nach wie vor an allen Ecken und Enden Personal fehlt. Dies liegt nach Ansicht der Befragten sowohl am schlechten Personalschlüssel, als auch an der Arbeitsmarktlage insgesamt. Mangelt es jedoch an ausreichend Personal, arbeiten die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen mehr und länger. Dies führt laut Umfrage unweigerlich zu Zeitdruck, psychischer und physischer Überlastung, was dann wiederum zu einem hohen Krankenstand und noch weniger Personal führt. Eine unaufhaltsame Spirale, die sich auch deutlich in den Umfrageergebnissen widerspiegelt. Neben mehr Entgelt und Personal ist für einen Großteil

der Befragten ein zentraler und wichtiger Punkt auch weiterhin die mangelnde Aufwertung und Wertschätzung ihrer Arbeit und ihres Berufes sowohl in der Gesellschaft als auch seitens der Führungskräfte. Stark belastend für die Befragten wird zudem der hohe Bürokratie- und Dokumentationsaufwand gesehen, der zu viel Zeit kostet. Auch wird die personelle Fluktuation als sehr hoch eingeschätzt. Sofern überhaupt Personal auf dem Arbeitsmarkt zu finden ist, bemängeln die Befragten, dass die Neueingestellten oftmals nicht ausreichend qualifiziert sind und zudem die Zeit für die Einarbeitung fehlt.

#### 5. Funktioniert die Umsetzung des Gesundheitsschutzes in Deiner Einrichtung/Dienststelle?

Falls nicht, nenne uns bitte die Gründe. Der Gesundheitsschutz wird bislang (siehe Punkt 4, Personalmangel, psychische Belastung, hoher Krankenstand, u. a. m.) noch nicht ausreichend umgesetzt, so dass sich für die Kolleginnen und Kollegen oftmals die Frage stellt: Schaffe ich es überhaupt gesund bis zur Rente zu kommen, wenn ich so wie bisher weiterarbeite? Die Gründe hierfür

sind unterschiedlich. Teilweise mangelt es an der Aufklärung der Träger, aber teilweise wissen auch die Mitarbeitenden nicht, dass und welche Möglichkeiten zum Gesundheitsschutz angeboten werden. Werden Angebote unterbreitet, fehlt es aufgrund der bestehenden hohen Arbeitsbelastung und des fehlenden Personals immer wieder an der nötigen Zeit, diese überhaupt wahrzunehmen. Nicht zuletzt scheitert es oftmals auch an den finanziellen Mitteln, was zu einer gewissen Frustration bei den Beschäftigten führt. Immerhin ist zu merken, dass einige Dinge auf betrieblicher Ebene schon recht gut laufen und man sicherlich auch bei den einzelnen Einrichtungen und Dienststellen differenzieren muss. Nach wie vor sehen jedoch viele der Befragten den Gesundheitsschutz als nicht ausreichend umgesetzt. Das Thema muss auf der Agenda bleiben!

#### 6. Welche Themen sind Dir für die kommenden Tarifverhandlungen besonders wichtig?

Der Fokus der Befragten liegt wie schon bei Frage 4 auch hier eindeutig auf zwei zentralen Themen: Bezahlung und Eingruppierung. Als weitere wichtige

Eintritt  
frei

Bundeskanzler  
Willy Brandt Stiftung

FORUM WILLY BRANDT BERLIN

**Geteilte Stadt.**  
**1945 – 1990**

Sonderausstellung | 31.10.2019 – 01.11.2020 | täglich von 11 – 17 Uhr  
Forum Willy Brandt Berlin | Behrenstraße 15

in Kooperation mit  
Miniatur  
Wunderland  
HAMBURG

Führungen | Suchspiel | Workshops  
Für alle Schulformen und Klassenstufen kostenfrei

Tel. 030 / 787 707-18  
forum-berlin@willy-brandt.de  
www.willy-brandt.de

Punkte haben die Befragten das Einführen von zeitlichen Kontingenten für die Dokumentationsarbeit, die Überarbeitung und Aktualisierung der Tätigkeitsmerkmale sowie die zusätzliche Honorierung der Praxisanleiter-Tätigkeit und von Fort- und Weiterbildungen genannt. Unter den Befragten, die individuelle Antworten abgegeben haben, wurden die Forderung nach einer Honorierung der Gruppenleitung, das Einräumen der Wahlmöglichkeit zwischen mehr Geld und mehr Urlaub (Stichwort „Freizeit statt Geld“) sowie die Forderung nach mehr Personal und kleineren Gruppen im Kita-Bereich besonders oft genannt.

### 7. Bist Du bereit, für bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst zu streiken?

Weit über 80 Prozent der Befragten sind bereit, für ihre Forderungen die Arbeit niederzulegen und zu streiken.

### 8. Haben wir einen wichtigen Punkt vergessen?

Hier ist Raum für Deine zusätzlichen Anmerkungen. Rund ein Fünftel der Befragten hat individuelle Anmerkungen zu verschiedenen Themen hinterlassen, die uns das Stimmungsbild der einzelnen Berufsgruppen wiedergeben. Insgesamt wünscht sich eine Vielzahl der Befragten aller Berufsgruppen mehr Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit und mehr Personal in den Einrichtungen. Deutlich mehr Beschäftigte aus dem Bereich der Sozialen Arbeit sind mit dem letzten Tarifab-

schluss weniger zufrieden und fordern in den bevorstehenden Tarifverhandlungen Nachbesserungen. Eine Vielzahl von Befragten hat wie schon bei Frage 4 über den Personalmangel und den damit verbundenen Belastungen geklagt. Oft wurde die Forderung nach einer Änderung der Stufenlaufzeiten in den Entwicklungsstufen erhoben sowie nach Erhalt der Stufenlaufzeit bei der stufengleichen Höhergruppierung. Auch wurde die Abschaffung der verlängerten Stufenlaufzeiten in der S8b sowie die Einführung einer weiteren Entwicklungsstufe in der S-Tabelle bzw. die Schaffung weiterer Eingruppierungsmerkmale ab der S18 thematisiert. Aus den eingegangenen Anmerkungen ist auch deutlich geworden, dass sich die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst mehr Urlaub oder Phasen der Erholung, zum Teil auch speziell für ältere Beschäftigte, wünschen.

Im Bereich der Sozialen Arbeit – unter anderem im Allgemeinen Sozialen Dienst – sprechen sich viele Beschäftigte für eine Fallzahlbegrenzung bzw. für eine gerechte Fallbemessung, für einen besseren Stellenschlüssel sowie für eine bessere Eingruppierung von Masterabschlüssen aus. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fordern die Beschäftigten ein vergütetes Zeitkontingent für Leitungspositionen, zum Beispiel für die Team- oder für die Einrichtungsleitung. Die Kolleginnen und Kollegen fordern auch eine bessere Vergütung von Nachbereitschaftsdiensten.

Im Erzieherbereich klagten viele Kolleginnen und Kollegen über zu große Gruppen und bemängeln die Fachkraft-Kind-Relation bzw. den Personalschlüssel. Als weitere Themen im erzieherischen Bereich, bei denen nachgesteuert werden muss, wurden die flächendeckende Einführung von Ausbildungsvergütung, mehr Zeit für Dokumentation und Leitungsaufgaben, bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit, die Entkoppelung der Eingruppierung für Kita-Leitungen von der Anzahl der Kinder, die verpflichtende Einführung einer stellvertretenden Leitung pro Einrichtung sowie die Honorierung der Gruppenleitung, oft genannt. Darüber hinaus sehen viele der Befragten Handlungsbedarf im Bereich der offenen Ganztagschulen. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere durch den Ausbau der Ganztagesbetreuung, müssen die tarifrechtlichen Regelungen angepasst werden.

Es folgen noch einige Fragen für die Statistik. Das hilft uns bei der Einordnung der Ergebnisse.

### 9. Welchem Geschlecht fühlst du dich zugehörig?

Dreiviertel der Befragten sind weiblich.

### 10. Wie alt bist Du?

Dreiviertel der Befragten sind zwischen 26 und 55 Jahren alt.

## Deutscher Kitaleitungskongress DKLK 2020

### „Leiten. Stärken. Motivieren.“

Der Verband Bildung und Erziehung kooperiert mit Wolters Kluwer Deutschland und ist Partner bei der Ausrichtung des Deutschen Kitaleitungskongresses. Dieser findet im Jahr 2020 sieben Mal in sechs verschiedenen Städten statt. Mit über 3.500 Teilnehmenden jährlich ist der DKLK die größte Fachveranstaltung für Kitaleitungskräfte, Fachberatungen und Trägervertretungen in ganz Deutschland. In folgenden Städten findet der DKLK 2020 mit jeweils über 50 Top-Referenten und 60 Workshops statt.

#### Termine in Berlin:

12. und 13. Mai 2020 in Berlin und 15. und 16. September 2020 in Berlin

### Programm und Anmeldung

Sie können sich Ihr persönliches Kongressprogramm zusammenstellen und aus den 60 Vorträgen und Workshops die für Sie relevanten Themen wählen.

Neben anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern können Sie hier praxiserfahrene Expertinnen und Experten zu den Themen Führung, Qualität, Team, Organisationsentwicklung und kulturelle Vielfalt erleben, sich mit ihnen austauschen und neue Ideen mit in Ihren Kita-Alltag nehmen.

Anmeldungen unter

<https://www.deutscher-kitaleitungskongress.de/2020/>



## 11. Wie lautet deine Berufsbezeichnung?

Wenn deine Berufsbezeichnung nicht dabei ist, kannst Du die richtige unter „Zusätzliche Angaben“ eintragen. Knapp die Hälfte der Befragten sind Sozialarbeiter/Sozialpädagogen und circa 40 Prozent sind aus dem Erzieherbe-

reich (inkl. Kita-Leitung und Stellvertretende Kita-Leitung).

Vielen Dank für die zahlreiche Beteiligung an unserer Umfrage. Wir müssen in Kontakt bleiben, um auch weiterhin gute Tarifarbeit machen zu können. Über den Fortgang der Gespräche und Verhandlungen zum Sozial- und Erzie-

hungsdienst werden wir berichten. Diese beginnen am 5. März 2020.

Volker Geyer  
Stellv. Bundesvorsitzender  
Fachvorstand Tarifpolitik

dbb beamtenbund und tarifunion  
Nr. 17/2019 19. 12. 2019

## Mach mit!

### Titel:

**Gedenkstättenseminar\***

**Seminarleitung: Christoph Strehle**

**Wann? 15. 05. – 17. 05. 2020**

**Wo? Berlin**

Unser Gedenkstättenseminar soll in ausgewählte Aspekte der Geschichte des Nationalsozialismus und des SED-Unrechts-Regimes in der Deutschen Demokratischen Republik sowie in die entsprechende deutsche Gedenk- und Erinnerungskultur einführen. Das Programm beinhaltet die Besichtigung von Schauplätzen, die es allen Teilnehmenden ermöglicht, Einblicke in die Berliner Erinnerungslandschaft zu gewinnen. Außerdem ist ein Argumentationstraining gegen rechte Sprüche und Parolen vorgesehen. Die verschiedenen Exkursionen dienen nicht nur der vertiefenden historischen Information, sondern darüber hinaus als Anschauungsbeispiel für Orte der deutschen Gedenk- und Erinnerungskultur und sollen in Zeiten des leider immer noch verstärkten Aufkommens rechter Kräfte für die Wichtigkeit von Demokratie und Menschenrechten sensibilisieren.

### Titel:

**Die Digitalisierung mitgestalten – Digitalisierungsseminar 2020\***

**Seminarleitung: Philipp Mierzwa**

**Wann? 05. 06. – 07. 06. 2020**

**Wo? Berlin**

Nach dem erfolgreichen Start unseres Seminars „Jung. Smart. Digital.“ möchten wir Euch auch 2020 unser Digitalisierungsseminar wieder anbieten. Dabei werden folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

1. Was bedeutet Digitalisierung eigentlich?
2. Inwiefern betrifft sie uns als Beschäftigte im öffentlichen Dienst?
3. Was macht sie mit meinem Arbeitsplatz?
4. Welche Chancen bietet die Digitalisierung für mich und wie kann ich dabei mitgestalten?
5. Wo haben wir als Gewerkschaft die Möglichkeit uns bei der Digitalisierung im öffentlichen Dienst einzubringen und was können wir als Gewerkschaftsjugend tun?

Gerade wir als Jugend sollten uns hier aktiv einbringen, weil wir die nächsten 40–50 Jahre in der Welt arbeiten müssen, die jetzt gestaltet wird. Wie das genau funktionieren kann, lernt Ihr in unserem Digitalisierungsseminar!



## Seminarprogramm der dbb jugend 2020

### Infos und Anmeldevordrucke:

dbb jugend (Bund)  
Friedrichstraße 169  
10117 Berlin

Telefon 030.4081-5751,  
Telefax 030.4081-5799

info.dbbj@dbb.de  
www.dbbj.de  
facebook.com/dbbjugend  
instagram.com/dbbjugend  
twitter.com/dbbjugend

### Bildungsurlaub

Arbeitnehmer\*innen **10 Arbeitstage** in zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren (unter 25 Jahren sind es 10 Tage im Jahr!).

Für Beamte\*innen gelten die **Sonderurlaubsregelungen** des Landes Berlin.



DSIN für Verbraucher (Deutschland sicher im Netz)

# Soziale Netzwerke im Lernraum Schule – Facebook, WhatsApp und Instagram: Ein Leitfaden für Lehrerinnen und Lehrer

Der Schulalltag wird immer digitaler – und auch die Nutzung von sozialen Medien spielt eine große Rolle: Auf Facebook, Instagram und WhatsApp tauschen sich Jugendliche miteinander aus – auch Lehrerinnen und Lehrer nutzen unsere Plattformen zunehmend im beruflichen Kontext. Wir möchten ihnen mit unserem Leitfaden "Soziale Netzwerke im Lernraum Schule" hilfreiche Informationen für eine sichere Nutzung von sozialen Netzwerken zur Verfügung stellen, um den Dialog zu diesem Thema mit ihren Schülerinnen und Schülern aktiv zu unterstützen.

Unsere Plattformen bieten eine Reihe von Funktionen und Einstellungen, die zu einem informierten und sicheren Online-Verhalten beitragen. Diese erklären wir in unserem Leitfaden und geben beispielsweise Antworten auf die Fragen: Wie schützt man sein eigenes Profil und seine Privatsphäre? Wie meldet man Spam?

## Wissen zur Verfügung stellen und den Austausch weiter fördern

Mit unserem Leitfaden möchten wir Lehrerinnen und Lehrern die nötigen Informationen geben, um ihre Schülerinnen und Schüler im Umgang mit sozialen Medien zu unterstützen. Wir haben den Leitfaden bewusst für die ganze



App-Familie erstellt, sowohl für Facebook als auch für WhatsApp und Instagram. Unterstützt wurden wir dabei von den Experten von Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM e.V.) sowie Deutschland sicher im Netz e.V.

## Studie: Lehrerinnen und Lehrer schätzen ihre Kompetenz im Umgang mit sozialen Netzwerken als ausbaufähig ein

Zusammen mit der INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung haben wir 500 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Deutschland befragt. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass soziale Netzwerke immer häufiger als Arbeits- und Recherchemittel eingesetzt werden. Bereits knapp ein Drittel der Lehrkräfte nutzt soziale Medien im beruflichen Kontext, ganz besonders WhatsApp. Facebook und Instagram spielen vor allem bei den unter 40-jährigen Lehrkräften eine große Rolle im Berufsalltag.

Die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer fühlt sich unsicher im Umgang mit sozialen Netzwerken. Die Befragten waren sich einig, dass es eine wichtige Aufgabe der Schule sei, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen bei der

Nutzung sozialer Medien zu steigern, auch und gerade weil die Nutzung der sozialen Medien für die Schülerinnen und Schüler so wichtig ist. Die größte Aufgabe sehen die Lehrer in der Vermittlung von Medienkompetenz, sodass die Schülerinnen und Schüler lernen, verantwortungsvoll mit den sozialen Medien umzugehen.

Facebook, Instagram und WhatsApp unterstützen generationenübergreifend den Erwerb digitaler Kompetenzen in ganz Deutschland. Dazu arbeiten wir eng mit lokalen gemeinnützigen Organisationen und Initiativen im Raum Schule zusammen, die viel Erfahrung und umfangreiche Expertise in verschiedenen Bereichen besitzen: DigiBitS, Klicksafe, Elternguide.online, fragFINN, Nummer gegen Kummer e.V. und Zeit für die Schule.

Den gesamten Leitfaden finden Sie in Facebooks Safety Center sowie hier zum Download.

Kostenloser Download:  
[www.sicher-im-netz.de/soziale-netzwerke-im-lernraum-schule-0](http://www.sicher-im-netz.de/soziale-netzwerke-im-lernraum-schule-0)



# CDU-Fraktion für Verbeamtung

## In Berlin herrscht ein Mangel an Lehrerinnen, Lehrern und Schulplätzen.

Berliner Schule unter Rot-Rot-Grün bedeutet:

- unterschiedliche Bezahlung im Kollegium für gleiche Arbeit
- pädagogische Unterbesetzung nahezu an jeder Schule
- ein Defizit an Schulräumen verhindert Teilungsunterricht
- Inklusion ohne ausreichend Lehrkräfte und Räumlichkeiten ist eine Illusion
- veraltete technische Ausstattung
- mangelnde Sauberkeit, oft schlechter Bauzustand

Ergo: keine Wertschätzung für unsere Pädagoginnen und Pädagogen und schlechte Lernvoraussetzungen für unsere Kinder.

Wir wollen das ändern – **zehn konkrete Vorschläge:**

1

**Sofortige und altersunabhängige Verbeamtung** von allen Lehrerinnen und Lehrern in Berlin

3

**Ausreichend Schulräume**, um Teilungsunterricht zu ermöglichen

5

**Fachgerechte Vertretung** – wenn Vertretung von Unterrichtsstunden, dann fachgerecht

8

Jede Schule erhält eine **Verwaltungsleitung** und eine/n **Hausmeister/in**

9

Jede Schule erhält **Breitbandanschluss** und **leistungsfähiges Wlan** sowie eine **ständige IT-Administration**

6

Vakante **Schulleiterstellen sofort besetzen**. Bei kommissarischer Besetzung **gleiches Geld für gleiche Arbeit**

2

**Maximal 20% Quer- und Seiteneinsteiger** an einer Schule

4

**110%ige Versorgung mit Lehrkräften** an allen Schulen

10

Alle Schüler und Lehrer erhalten Zugang zu einer **berlinweiten Schulcloud**



**Dirk Stettner**

*Sprecher für Schul- und Bildungspolitik*



**Burkard Dregger**

*Fraktionsvorsitzender*

DSiN für Verbraucher

## DigiBitS – Digitale Bildung trifft Schule

Eine starke Medienbildung ist der Schlüssel für einen sicheren und souveränen Umgang mit der digitalen Welt. Das Bildungsangebot DigiBitS – Digitale Bildung trifft Schule unterstützt Lehrkräfte bei der Stärkung digitaler Kompetenzen im Fachunterricht.

### Materialbox und Online-materialpool für Lehrkräfte der Klassen 5 bis 8

In einer Materialbox und einem ergänzenden Online-Materialpool werden zahlreiche praxistaugliche Unterrichtsmaterialien, App-Empfehlungen und Veranstaltungshinweise gebündelt, sortiert nach Fachbereichen und Klassenstufen. Zusätzlich leiten die DigiBitS-Unterrichtseinheiten entlang der Themen aus dem Lehrplan schrittweise dazu an, digitale Kompetenzen im Fachunterricht zu verankern – ohne dabei fachspezifische Inhalte zu vernachlässigen. So erhalten Lehrkräfte schnell und einfach die passende Unterstützung für ihren Unterricht, und können Kinder und Jugendliche bei der kompetenten Nutzung von Medien begleiten und für mögliche Risiken sensibilisieren.

Alle Inhalte orientieren sich an den Forderungen der Kultusministerkonferenz und den neuen Bildungsplänen der Bun-

desländer, die Lehrkräfte der Grund- und Oberschulen ab dem Schuljahr 2017/18 dazu verpflichtet, Medienbildung in ihrem Fachunterricht zu vermitteln.

### Flexibel einsetzbar

Bei jedem Material finden Sie eine grobe Einschätzung zum zeitlichen Aufwand bzw. zur Anzahl der benötigten Unterrichtsstunden sowie Hinweise zu Methoden, Inhalten und erforderlichen Materialien. Im Materialpool finden Sie außerdem unsere DigiBitS-Unterrichtseinheiten, die mehrere Materialien in ein bis fünf Unterrichtsstunden bündeln und mit Themen aus dem Fachbereich kombinieren. Entscheiden Sie letztendlich selbst, wie streng Sie dem vorgeschlagenen Unterrichtsverlauf folgen möchten oder ob Sie nur einzelne Bausteine aus dem Materialpool nutzen möchten!

### Frei zu nutzen, weiterzugeben und zu verändern

In unserem Materialpool sowie in der DigiBitS-Materialbox finden Sie Unterrichtskonzepte und Hintergrundtexte, die im Rahmen von DigiBitS entwickelt und veröffentlicht wurden. Alle diese DigiBitS-Materialien stehen unter der Creative Commons Lizenz CC-BY-SA. Das

bedeutet, Sie dürfen die DigiBitS-Materialien unter Namensnennung der Urheber teilen und in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten; Sie dürfen die von DigiBitS herausgegebenen Materialien bearbeiten und remixen, verändern und darauf aufbauen – und zwar für beliebige Zwecke, sogar in kommerziellen Kontexten (z. B. als Privatschule) sofern dies unter den gleichen Lizenzbedingungen geschieht.

### Starke Unterstützung durch DsiN-Mitglieder und Partner

DsiN realisiert das Angebot im Verbund mit seinen Mitgliedern – darunter Facebook, Avira und die FSM – sowie in Kooperation mit Bildungspartnern wie fragFINN, dem Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD) e.V. oder Handysektor. Inhaltlich wird DigiBitS von einem Experten-Beirat in den jeweiligen Bundesländern beraten. DsiN ist mit DigiBitS auch Partner des Digitalen Bildungspakts. Interessierte Schulen können sich für ein Prädikat als DsiN-Partnerschule bewerben.

[www.sicher-im-netz.de/digibits-digitale-bildung-trifft-schule](http://www.sicher-im-netz.de/digibits-digitale-bildung-trifft-schule)

## Tarifgeflüster

## Arbeitsbedingungen attraktiver gestalten Lehrermangel in Deutschland

Zu wenig ausgebildete Bewerber, unbesetzte Stellen, Unterrichtsausfall – diese Nachrichtenmeldungen erreichen uns aus vielen Bundesländern schon seit einigen Jahren. Der Bedarf an einzustellenden Lehrkräften resultiert im Wesentlichen aus drei Faktoren: zu ersetzende Altersabgänge, Schülerzahlen und personalrelevante bildungspolitische Entscheidungen.

### Die Komplexität des Lehrermangels

Während es für die Gymnasien auch in den nächsten Jahren in fast allen Bundesländern mehr Bewerber als Einstellungsmöglichkeiten geben wird, fehlen bei der bundesweiten Gesamtbetrachtung in den anderen Schularten tausende Lehrkräfte. Für attraktive Universitätsstädte gibt es zu viele Interessenten und in Bedarfsregionen verschärft sich

nach jedem Einstellungsverfahren der Lehrermangel, weil stets Stellen unbesetzt bleiben.

### Lehrerausbildung

In jedem Bundesland muss die Zahl der Studienplätze den Bedarfen der einzelnen Schularten angepasst werden. Dabei muss die Abbrecher- beziehungsweise Bestehensquote berücksichtigt werden. Eine stärkere Regionalisierung der Lehrerausbildung könnte ein Lösungsansatz für eine bessere Lehrerversorgung der Bedarfsregionen sein.

### Maßnahmen gegen den Lehrermangel

Attraktive Arbeitsbedingungen sind bei der Gewinnung des Lehrernachwuchses unverzichtbar. Dabei muss die

Verbeamtung von Lehrkräften überall selbstverständlicher Standard sein. Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte mit vollständiger Lehrerausbildung müssen wertschätzende Maßnahmen erfolgen. Höhere Besoldungsgruppen sind ein Wettbewerbsvorteil bei der Gewinnung von Beamten und Tarifbeschäftigten. Höhergruppierungs- beziehungsweise Beförderungsstellen sowie die reale Unterrichtsverpflichtung (Regelstundenmaß und Anrechnungstunden) sind ein wichtiges Entscheidungskriterium, auch für junge Menschen. Ohne besondere Anreizsysteme gelingt die Lehrerversorgung aller Schularten und Regionen erfahrungsgemäß nicht. Ein Anwärtersonderzuschlag für Referendare, die später in Bedarfsregionen unterrichten, und die Zulagenregelungen

des § 16 Abs. 5 TV-L für Tarifbeschäftigte sind Instrumente zur Gewinnung junger Lehrer. Attraktive Zulagen für erfahrene Lehrkräfte sind ein Angebot für den längeren Verbleib im Schuldienst. Im Zuge des Lehrermangels werden mittlerweile im bundesweiten Durchschnitt 13,3 Prozent Seiteneinsteiger eingestellt (Statistische Veröffentlichungen der KMK; Dokumentation Nr. 218, Einstellung von Lehrkräften 2018, Seite 32). Mit unbefristeten Arbeitsverträgen und Qualifizierungszusagen kann man sehr gute Personen gewinnen. Entscheidend für den Erfolg sind Einstiegsqualifizierungen und maßgeschneiderte Angebote zur Erlangung anerkannter vollständiger Lehramtsabschlüsse. Mit dem Tarifvertrag Entgeltordnung-Lehrkräfte hatte der dbb 2015

eine attraktive Systematik tarifiert, mit der das Eingruppierungsniveau angehoben wurde und die auch einen Anreiz zur Erlangung gleichwertiger Lehramtsabschlüsse setzt. Einigen Überlegungen in Kultusministerien möchte ich an dieser Stelle eine klare Absage erteilen. Dazu zählen die Erhöhung der Klassenschülerzahl, Ablehnung von Teilzeitanträgen, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, die Verringerung von Entlastungstatbeständen, aber auch Kürzungen der Stundentafeln. Derartige unpopuläre Maßnahmen sind für den Bildungserfolg der Schüler und für die Gewinnung des Lehrernachwuchses nicht förderlich.

Jens Weichelt  
tacheles 12 2019

## Personalrat

# HPR aktuell: Was das Jahr 2020 uns allen bringt, ...

... darauf gehen wir gleich ein. Zunächst einmal wünschen wir, die Kolleginnen und Kollegen des Hauptpersonalrats, allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins ein gutes neues Jahr!

2020 ist das letzte Jahr dieser Wahlperiode des Hauptpersonalrats, wie auch der meisten Personalräte der Berliner Verwaltung. Es bleibt uns also noch ein Jahr, um Projekte anzustoßen und möglichst abzuschließen. Welche Themen stehen also an?

### Dienstvereinbarungen

In Arbeit befindet sich die Rahmendienstvereinbarung (RDV) Gesundheit, die es nach über zehnjähriger Laufzeit und nur teilweise Erfolg zu überarbeiten gilt. Die Verhandellenden der Senatsverwaltung für Finanzen möchten die Arbeit und Zuständigkeiten im Gesundheitsmanagement strukturell anders aufstellen. Wir wollen im Gegenzug das behördliche Eingliederungsmanagement (BEM) verbessern. Beide Seiten eint das Ziel, dass die Beschäftigten gesund bleiben bzw. werden und die Sensibilität für krankmachende Arbeitsumstände steigt. Als Zwischenergebnis haben wir vom HPR eine separate Dienstvereinbarung für das BEM ange-regt und uns auf deren Abschluss mit der Senatsverwaltung für Finanzen ver-ständig.

Außerdem ist eine Dienstvereinbarung (DV) zum neuen Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und uns verabredet. Erste Vorgespräche haben bereits stattgefunden. Der Gesetzentwurf hat bei den Beschäftigten (insbesondere in den bürgernahen Bereichen) große Befürchtungen ausgelöst, Ärger über Verwaltungshandeln könnte zu einer Beschwerdeflut durch Bürgerinnen und Bürger führen, denen wir Beschäftigten uns dann quasi schutzlos ausgesetzt sähen. Das Gesetz gibt hinsichtlich des behördeninternen Verfahrens bei einer Anzeige wenig her. Dies und dessen Auswirkungen bzw. Nichtauswirkungen auf Beurteilungen, Beförderungen oder generell das Dienst- bzw. Beschäftigtenverhältnis etc. gilt es nun zu regeln. Ein Generalverdacht gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist unzulässig und gilt es entschieden entgegen zu treten.

Die quasi andere Seite der Medaille ist die zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Wir vom HPR haben uns vorgenommen, uns dieses Problems in diesem Jahr verstärkt anzunehmen. Nach dem, was uns so zugetragen wird, gibt es nicht nur Gewalt oder Gewaltandrohung gegenüber Beschäftigten von Polizei und Feuer-

wehr, sondern in allen Bereichen mit Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern. Der Arbeitgeber bzw. Dienstherr ist hier ausdrücklich in der Pflicht, sich schützend vor die Beschäftigten zu stellen, dafür reichen aus unserer Sicht die bisherigen Bekenntnisse nicht aus. Wir wollen hier mit der Personalverwaltung ins Gespräch kommen, eine Dienstvereinbarung, öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen etc. sind denkbar.

Das mobile Arbeiten soll ausgebaut werden, wünscht sich nicht nur der Senat, wünschen sich auch viele Kolleginnen und Kollegen. Auch hier steckt die Tücke im Detail, denn mobiles Arbeiten stellt die Fragen der Arbeitszeit(-erfassung), der Abgrenzung von Arbeit und Privatleben, der Gefahr der permanenten Erreichbarkeit und nach einer anderen Führungskultur. Auch hier soll eine Dienstvereinbarung ausverhandelt werden.

Datenschutz und Datensicherheit sind Themen, die uns in 2019 schon begleitet haben. Zuständigkeitsfragen zwischen den Senatsverwaltungen wurden Ende 2019 endlich geklärt, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist unsere Ansprechpartnerin für Fragen des Datenschutzes. Wir arbeiten auf eine Dienstvereinbarung hin, die den Schutz

der Beschäftigten vor Überwachung und den Umgang mit ihren Daten regelt. Hierzu gehören aber sicher auch Fragen in Zusammenhang mit der Datensicherheit, schließlich sind Hackerangriffe auf unser Datennetz der Berliner Verwaltung an der Tagesordnung. Dies sind nur die anstehenden „großen“ Themen. Die Überarbeitung zahlreicher technischer Dienstvereinbarungen in Zusammenhang mit der Digitalisierung muss auch noch angegangen werden.

### Personalsituation im öffentlichen Dienst

Seit 2017 wurden zehntausende von Stellen bewertet, ausgeschrieben und besetzt, darunter tausende zusätzliche Stellen, vor allem in den Bereichen Schule, Polizei und Bezirksämter. Ein unglaublicher Kraftakt für die Personalstellen in den Behörden und eine eigene Erfolgsgeschichte.

Trotzdem kommen wir insgesamt im öffentlichen Dienst nicht wirklich vom Fleck, so scheint es. Das liegt daran, dass z. B. lange Wartezeiten auf Termine bei Standes- und Bürgerämtern, die chronische Überlastung von Polizei und Feuerwehr und der Mangel bei den ausgebildeten Lehrkräften und Erzieherinnen einfach nicht enden. Und dies wird leider, das ist die traurige Aussicht auf 2020, auch in diesem Jahr nicht besser:

In den nächsten fünf Jahren werden uns 25 bis 30% unserer Kolleginnen und Kollegen aus Altersgründen verlassen. Damit verlieren wir wichtiges Erfahrungswissen. Die Ausbildungs- und Studienkapazitäten hätten in den Jahren des rot-schwarzen Senats bereits massiv aufgestockt und ausgebaut werden müssen. Leider ist die damals zuständige Senatsverwaltung für Inneres und Sport unter Senator Henkel über eine Ankündigungsrhetorik nicht hinausgekommen (er fand allerdings auch im damaligen Finanzsenator Nußbaum keinen Unterstützer). Diese fünf Jahre wurden verschenkt und können leider nicht aufgeholt werden. Deshalb sollte der rot-rot-grüne Senat sich diesbezüglich ehrlich machen. Die oppositionelle CDU sollte auf zu kernige Rhetorik verzichten, sie könnte auch nicht mehr bewirken. Wir werden die Leute verlieren. Wir werden nicht alle adäquat ersetzen können. Wir werden versuchen, durch Digitalisierung Antragsbearbeitung zu modernisieren und Arbeitsprozesse zu verschlanken und effizienter zu gestalten. Aber Personalmangel wird dadurch nicht komplett aufgefangen. Punkt.

Zudem hat sich unter den Beschäftigten herumgesprochen, dass jetzt ein berufliches Fortkommen möglich ist. Die Altersabgänge stehen meist am Ende einer Laufbahn, jeder Ausstieg sorgt für mehrere Beförderungen. Dies nennt man „Abbau des Beförderungsstaus“ und auch der kommt jetzt mit Macht. Fluktuation von Beschäftigten innerhalb des öffentlichen Dienstes ist somit das neue Thema. Diese Fluktuation sorgt dafür, dass Einarbeitungszeiten sich vervielfachen. Sie stellt einen Grund dar, warum sich z. B. in den Bürgerämtern durch den Stellenaufwuchs nicht alles zum Besten gewendet hat. Die Menschen entwickeln sich weiter und bleiben nicht auf den eher gering dotierten Einstiegsstellen, sondern bewerben sich erfolgreich weg. Wer wollte es ihnen verdenken.

Hier folgt ein Appell an die versammelte Hauptstadtresse: Schaut mal über den Tellerrand und auf andere Großstädte. Dort sieht es auch nicht besser aus; und selbst die Bundesbehörden kann man miteinbeziehen. Überall herrscht Personalmangel, überall kann Digitalisierung nicht so schnell umgesetzt werden wie gewünscht. Es gab bundesweit den Zeitgeist der Neunziger und Nullerjahre, den öffentlichen Dienst personell runterzufahren und auf Digitalisierung zu setzen, freilich ohne dies konkret anzugehen. Berlin steht nicht allein da, befindet sich aber in einer besonderen Situation als Metropole und wiedervereinigte, wachsende Hauptstadt. Ihr könnt euch euer Berlin-Bashing also sparen. Zumal ihr die Sparjahre doch ziemlich mitgetragen, wenn nicht sogar ausdrücklich befeuert habt.

Was gilt es also zu tun? Zunächst müssen die Projekte des Zukunftspakts Berlin angegangen bzw. umgesetzt werden. Ausbildung, auch die Qualifizierung der Quereinsteigenden, ist das große Thema und muss in allen Bereichen Priorität genießen. Wir müssen uns unser Personal in großer Zahl selbst ausbilden, deshalb muss dies gut organisiert und umgesetzt werden. Wir brauchen noch mehr Stipendien für Studierende, die sich dann für einen Dienst beim Land verpflichten. Dies gilt für viele Berufe, auch für Lehrkräfte, Mediziner, Ingenieurinnen, IT-Fachleute. Die Wiedereinführung des dualen Studiums im Beamtenverhältnis auf Widerruf in der allgemeinen Verwaltung ist ebenfalls angezeigt sowie die Anerkennung der Laufbahnbefähigung für beruflich qualifizierte tariflich Beschäftigte (z. B. Verwaltungsfachwirte). Alles Maßnahmen, die erst in Jahren wirken. Sie sind trotz-

dem jetzt endlich umzusetzen bzw. auszuweiten.

Bis dahin gilt für die Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes: weiter durchhalten. Sich über kleine Fortschritte freuen. Auf die eigene Gesundheit achten. Wir vom HPR hoffen, mit unserer täglichen Arbeit für positive Veränderungen zu sorgen, ohne dass wir damit den großen Wurf, die Gesamtlösung erreichen, denn die gibt es nicht. Bis dahin sollten die Menschen unserer Stadt, die Politik und die Medien den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins freundlich und gelassen und mit Anerkennung begegnen, denn hier arbeiten Menschen für Menschen unter seit Jahren schwierigen Bedingungen und sie sollen ja auch weiter ihrer Arbeit nachgehen. Glücklicherweise gibt es diese Anerkennung durch die Bürgerinnen und Bürger gar nicht so selten. Das freut dann und baut auf, denn für die Menschen der Stadt arbeiten wir im öffentlichen Dienst.

### Personalratswahlen 2020

Ende 2020 werden in allen Dienststellen die Personalräte, die Gesamtpersonalräte für die Polizei, allgemeinbildende Schulen, die Justiz und die Finanzämter und der Hauptpersonalrat Berlins neu gewählt.

Auf allen Ebenen setzen sich Personalräte für die Interessen der Beschäftigten, aller Kolleginnen und Kollegen ein. Das ist keine leichte Aufgabe, denn Erfolge müssen ausgehandelt werden und wirken häufig nicht sofort. Wir haben aber vor, die umrissenen Fragen und Herausforderungen weiterhin anzugehen und auf den Arbeitgeber (die Politik und die Verwaltungen) im Sinne der Beschäftigten einzuwirken und Veränderungen zum Besseren zu bewirken. Deshalb wird wohl der große Teil der Mitglieder des Hauptpersonalrats sich wieder zur Wahl stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie von Ihrem Wahlrecht in diesem Jahr Gebrauch, das wünschen wir uns. Nur mit einem starken Mandat, kann eine erfolgreiche Personalratsarbeit gelingen und hat Akzeptanz. Wir werden uns weiter für Ihre Sache rein hängen, das versprechen wir und werden über den Fortgang der Entwicklungen natürlich weiter berichten.

**Aktuelle Informationen finden Sie unter [www.hpr.berlin.de](http://www.hpr.berlin.de).**

*Daniela Ortman, Vorsitzende des Hauptpersonalrates*

## Bildungsgerechtigkeit: Stagnation beenden – Jahrzehnt des Bildungsaufstiegs einläuten

„Wir erwarten, dass die verantwortliche Politik die bestehenden Herausforderungen zu Beginn des neuen Jahrzehnts mit einer nachhaltigen und dem tatsächlichen Bedarf Rechnung tragenden Strategie beantwortet. Es muss Schluss sein mit halbherzigen Schritten, die die Realität an den Schulen ignoriert. Für den Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist unabdingbar, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) endlich ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickelt und anerkennt, dass die bestehenden pädagogischen Herausforderungen nur mit einem Zwei-Pädagogen-System zu bewältigen sind. Nach dem Aus für den Nationalen Bildungsrat, der Wissenschaft und Praxis beteiligen sollte, ist die KMK mehr denn je in der Pflicht zu beweisen, dass sie in der Lage ist, mehr als einen Minimalkonsens zustande zu bringen“, erklärte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) zu Beginn des neuen Jahrzehnts.

Als drängendste Herausforderung identifiziert Beckmann den Fachkräftemangel. Dieser ziehe sich wie ein roter Faden vom Elementarbereich bis in die Sekundarstufe I. Beckmann klagt an: „Das ist das verheerende Ergebnis einer verfehlten Personalpolitik des zurückliegenden Jahrzehnts. Das Eingeständnis der KMK, dass bis 2023 an Grundschulen 12.400 Lehrkräfte fehlen und sich diese Versorgungslücken bis 2030 dann an die Sekundarschulen (außer dem Gymnasium) und Berufsschulen verlagert, ist weiterhin eine Schönfärbung des tatsächlichen Bedarfs. Bis 2025 werden es allein an Grundschulen laut Bertelsmann 30.000 fehlende Lehrkräfte sein. Diese Berechnungen beziehen sich aber nur auf den Status quo. Allein, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung an Grundschulen ab 2025 einzulösen, werden 100.000 weitere pädagogische Fachkräfte benötigt. Diese befinden sich aber nicht auf dem Markt. Bereits jetzt fehlen 130.000 Erzieherinnen und Erzieher. Das bedeutet: Ganze

Schülergenerationen werden um ihre Bildungschancen gebracht.“

Der VBE Bundesvorsitzende lenkt den Blick auf die Konsequenz dieses Mangels: „Wie fatal sich der wachsende Fachkräftemangel an den Bildungseinrichtungen auswirkt, zeigt die Tatsache, dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen im reichen Deutschland ungebrochen weiter besteht, wie zuletzt die PISA-Studie zeigte. Kindern aus schwierigen sozio-ökonomischen Verhältnissen erschwert dies den Bildungsaufstieg. So wird die Schule zunehmend zur Sozialfalle. Die Reaktion der Kultusministerkonferenz auf die bestehende Situation ist in erster Linie durch Ratlosigkeit gekennzeichnet. Es ist beschämend, wie weit die Lücke zwischen Sonntagsreden mit dem Hohelied auf Bildung und der tatsächlichen Realität an Schule mit der unzureichenden Investitionsbereitschaft der Politik klafft.“

PM VBE Bund 06. 01. 2020

### KMK- Präsidentschaftsübergabe am 16.01.2020

## Mut zu mehr als „kleinster gemeinsamer Nenner“

„Die Ausgangssituation für die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Stefanie Hubig, ist denkbar ungünstig. Nach dem Scheitern des Nationalen Bildungsrates und mit einer ungewissen Zukunft für den Staatsvertrag muss sie es schaffen, das vordringlichste Problem im Bildungssystem, nämlich den Mangel an pädagogisch qualifiziertem Personal mit höchster Priorität anzupacken. Sonst bleiben die großen Visionen der Bildungspolitik von Inklusion, Integration und individueller Förderung weiterhin nur Lippenbekenntnisse. Damit bundesweit Strategien entwickelt werden können, wie der Personalbedarf wieder optimal gedeckt werden kann, braucht es die besten Ideen und ein Lernen voneinander. So brauchen wir zum Beispiel für die Qualifizierung von

Seiteneinsteigern allgemeinverbindliche Standards und einen in allen Ländern auf Nachhaltigkeit angelegten Ausbildungskorridor. Die Kultusministerkonferenz würde dafür einen geeigneten Rahmen bilden. Was wir dort aber momentan sehen, ist das Ausspielen von Befindlichkeiten. Länder, die in Vergleichsstudien sehr gut abschneiden, sind selbstverständlich darauf bedacht, dass dies auch so bleibt. Uns fehlt aber teilweise der Wissenstransfer untereinander, wie alle bessere Ergebnisse erreichen können. Gleichzeitig haben einige Länder enorme finanzielle Sorgen und können nicht so in Bildung investieren, wie sie sollten. Ergebnis von Verhandlungen ist daher allzu oft ein Minimalkonsens ohne Bindungskraft – und damit bloße Makulatur“, bemängelt der

Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann.

Anlässlich der an diesem Donnerstag, den 16. Januar 2020, in Berlin stattfindenden Übergabe der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz an die Bildungsministerin Rheinland-Pfalz, Stefanie Hubig, wendet er sich deshalb in seinem Schreiben zu ihrem Amtsantritt mit bestärkenden Worten an sie. So heißt es unter anderem: „Ich wünsche Ihnen Kraft und Durchhaltevermögen. Nicht immer sind Bemühungen von dem Erfolg gekrönt, den diese in der Sache verdienen würden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Sie mit der Kraft guter Argumente Ergebnisse erreichen, die außerhalb der Komfortzone liegen und

nur eines im Blick haben: eine bessere Situation in der Schule. Denn das ist leider nicht oft genug der Fokus von Politik. So beklagten 2019 in einer von uns bei forsa beauftragten Umfrage 86 Prozent der Schulleitungen, dass die Politik bei ihren Entscheidungen den tat-

sächlichen Schulalltag nicht ausreichend beachtet. Die Expertise von Lehrkräften und ihre Erfahrungen müssen deshalb auch bei Entscheidungen der Kultusministerkonferenz einbezogen werden. Wir setzen uns daher mit Nachdruck dafür ein, dass der momentan angedachte

Bildungsrat nicht nur ein wissenschaftliches Begleitgremium wird, sondern dass auch Stimmen der Praxis eingebunden werden.“

PM VBE Bund 15. 01. 2020

Tag des Handschreibens am 23.01.2020

## Mehr Zeit und bessere Verankerung in Lehrplänen: Handschreiben muss gezielt gefördert werden!

„Handschreiben bleibt relevant! Was per Hand geschrieben wird, wird eher gemerkt, besser erinnert und kann in komplexen Denkprozessen eher abgerufen werden. Alle Studien zeigen einen positiven Einfluss des Handschreibens. Höchste Zeit, diese Erkenntnisse entsprechend zu würdigen: mit mehr Zeit für das Handschreiben in der Schule und der Möglichkeit für die Lehrkräfte, mit gezielten Übungen sowohl die Fein- und Grobmotorik als auch das ausdauernde Schreiben zu trainieren“, erneuert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), seine Forderungen zur besseren Integration des Handschreibens in der Schule.

Zuletzt hatte der VBE gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut eine Umfrage zum Handschreiben durchgeführt. Von September 2018 bis Januar 2019

beteiligten sich über 2.000 Lehrerinnen und Lehrer an der Online-Umfrage. Ergebnis war: Die große Mehrheit der Lehrkräfte in Deutschland sieht eine Verschlechterung der für die Entwicklung einer Handschrift notwendigen Kompetenzen bzw. der Handschrift der Schülerinnen und Schüler allgemein. Allerdings fehlt es an den Bedingungen, das Handschreiben besser zu fördern. Fast drei Viertel der Lehrkräfte geben an, dass (sehr) häufig zu wenig Zeit für individuelle Förderung in der Schule sei, 64 Prozent, dass (sehr) häufig zu wenig Zeit für das Üben in der Schule bleibe. Über die Hälfte sagen, dass der Lehrplan zu wenig Wert auf das Schreibenlernen lege. Außerdem fehlen Fortbildungsangebote und Hilfestellung für die Lehrkraft.

Damals wie heute betont der Bundesvorsitzende, dass es jedoch nicht darum

ginge, ein neues Fach einzuführen, um den ohnehin stark belasteten Lehrkräften weitere Aufgaben aufzubürden. Vielmehr ginge es um eine Kombination aus zwei essenziellen Faktoren: „Die Politik muss das Handschreiben zum Beispiel besser in Lehrplänen verankern – und gleichzeitig für mehr Unterstützungspersonal für die individuelle Förderung sorgen. Multiprofessionelle Teams, in denen zum Beispiel auch Ergotherapeutinnen und -therapeuten beschäftigt sind, können gezielt auf die Kinder eingehen, welche noch größere Defizite haben, während die Lehrkraft das Arbeiten der anderen unterstützt.“

Weitere Ergebnisse finden Sie auf [www.vbe.de](http://www.vbe.de)

PM VBE Bund 22. 01. 2020

### dbb

Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin

## Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst in Berlin

Der Landesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hat in seiner Sitzung am 21. Januar 2020 Forderungen zur Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst in Berlin ausführlich beraten und beschlossen:

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) fordert:

- die dauerhafte Zahlung einer Attraktivitätszulage von mindestens 150 Euro monatlich sowie darüber hinaus,
- ein Mobilitätsticket in Form eines ÖPNV-Tickets (ABC) für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Berlin (Beamten und Beamte sowie Tarifbeschäftigte).

Ferner erwartet der dbb berlin, dass die zukünftigen Tarifiergebnisse (Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL) weiterhin zeit- und volumeninhalts-gleich auf die Beamtinnen und Beamten mit einem entsprechenden Aufschlag übertragen werden, bis eine Angleichung an die Besoldung der Bundesbeamtinnen und Beamten erreicht ist. Insbesondere dem Bund als „der attraktive Konkurrent“ in dieser Region muss daher u. a. durch finanzielle Maßnahmen finanziell entgegengewirkt werden.

Unsere o. g. Maßnahmen wären ein erster Schritt, die Attraktivität für eine Beschäftigung beim Land Berlin dauerhaft zu steigern, um neue hochqualifizierte

Beschäftigte zu gewinnen und vorhandene erfahrene, motivierte und daher nicht zu ersetzende Kolleginnen und Kollegen an das Land Berlin zu binden. Dadurch könnte eine Abwanderung zu dem bisher erheblich attraktiveren Dienstherr Bund zumindest finanziell begegnet werden.

Insofern fordert der dbb berlin die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf,

nachdrücklich für die o.g. Forderungen des dbb berlin im Sinne der Attraktivitätsförderung für die Beschäftigten und einer klimafreundlicheren Hauptstadt durch die Gewährung eines Mobilitätstickets zu unterstützen.

Der dbb berlin begrüßt den Vorstoß des Senats, Anreize für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu schaffen.

Die Vorschläge, die in der Vorlage (PV PP 0130 B) an den Unterausschuss Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses vom 5. November 2019 gehen in die richtige Richtung. Allerdings reichen diese Vorschläge bei weitem nicht aus, dauerhaft die Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin attraktiv zu gestalten. ■

## Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

# Neues Verkehrsheft der Reihe „Der mobile Bär“

Berliner Grundschulen können das neue Heft der Reihe „Der mobile Bär“ jetzt kostenfrei bei der Unfallkasse Berlin bestellen. Der mobile Bär begleitet die Berliner Schülerinnen und Schüler von der Schulanfangsphase bis zur Radfahrprüfung. Im ersten Heft für die Klassen 1 und 2 lernen die Kinder, wie sie ihren Schulweg sicher zu Fuß bewältigen. Im neu erschienenen zweiten Heft für den Unterricht der Klassen 3 und 4 sind die Schwerpunktthemen: Aufmerksamkeit im Straßenverkehr, Orientierung im öffentlichen Personen-

verkehr sowie Übungen, die auf die Radfahrprüfung zum Ende des vierten Schuljahres vorbereiten. Das Unterrichtsmaterial der Unfallkasse Berlin wurde mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erarbeitet.

[www.unfallkasse-berlin.de/  
unterrichtseinheiten](http://www.unfallkasse-berlin.de/unterrichtseinheiten)

Newsletter 35/ 2019 SBJF



## Opposition und Repression in der DDR – Die Rolle der Staatssicherheit während der Friedlichen Revolution

# Lehrkräftefortbildung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Während des fünfstündigen Workshops geht es darum, wie das Ministerium für Staatssicherheit auf die oppositionellen Kräfte und Entwicklungen im Herbst 1989 reagiert hat. Hierbei spielen die letzten Monate und Wochen der Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen eine zentrale Rolle. Methodisches Ziel ist es, ein binnendifferenziertes Stationenlernen auf der Basis von Archivmaterial und Exponaten zu erarbeiten. Darüber hinaus werden aktuelle didaktisch-methodische Ansätze aus den Projekttagen vorgestellt. Die Fortbildung berücksichtigt dabei sowohl die

aktuellen Prüfungsschwerpunkte im Fach Geschichte als auch die Rahmenlehrpläne der Fächer Geschichte, Politische Bildung, Politikwissenschaft und Sozialkunde in den unterschiedlichen Schulformen. Die Teilnahme an der Fortbildung ist für Lehrkräfte der Sekundarstufen I und II konzipiert und kostenfrei.

Veranstaltungstermin: **Mittwoch, 11. März**, 9.30 Uhr bis 14.30 Uhr  
Anmeldung bis zum 4. März.  
Tel.: 986082-429/426, [info@stiftung-hsh.de](mailto:info@stiftung-hsh.de)/  
[www.stiftung-hsh.de/bildung/paedagogische-arbeitsstelle/](http://www.stiftung-hsh.de/bildung/paedagogische-arbeitsstelle/)

# Berliner Klima Schulen 2019/2020



Berlins größter Schulwettbewerb „Berliner Klima Schulen“, der durch die Senatsverwaltungen für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und für Bildung, Jugend und Familie sowie der GASAG ausgelobt wird, startet in einen neuen Durchgang. Seit 2008 wird mit der Auszeichnung das Klimaschutzengagement von Berliner Schulen gewürdigt. Bis zum 4. Mai 2020 können Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen mit ihren Ideen und Projekten am Wettbewerb „Berliner Klima Schulen“ teilnehmen. Prämiert werden die besten Klimaschutzprojekte des Schuljahres mit 750 bis 2.000 Euro und einer Klassenfahrt. ■

[www.berliner-klimaschulen.de](http://www.berliner-klimaschulen.de)

## Der Schlüssel ist MuZ!

### Jahresauftakt in hochkarätiger Besetzung



Der Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) startet das Jahr mit einem besonderen Versprechen, nämlich sich für ein zentrales Melderegister für Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst einzusetzen. Dies sagte er bei der dbb Jahrestagung, die traditionell in Köln stattfand. Der VBE war mit einer starken Delegation von über 30 Teilnehmenden vertreten. Seehofer verriet außerdem das Geheimnis seines Erfolgs, was ihn immerhin schon zum Mitglied von sieben Regierungen gemacht hat: MuZ – Mut und Zuversicht. Dieses wünscht er auch den Anwesenden für das gerade begonnene Jahr. Auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker ließ es sich als 1. Bürgerin der Stadt nicht nehmen, die am 6. und 7. Januar 2020 zusammen gekommenen Mitglieder und Funktionäre des dbb, seiner Fachgewerkschaften und Landesbünde zu begrüßen. Sie sprach von den diametralen Dynamiken in der Gesellschaft. Während einerseits für Werte eingestanden und auf konstruktive Lösungen zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes gedrängt werde, sehe sie andererseits das Miteinander durch die Verrohung der Gesellschaft in Gefahr. Sie plädierte als Lösungsansatz dafür, den Dialog zu fördern und Respekt zur unumstößlichen Basis des Zusammenlebens zu erhalten.

Respekt und Wertschätzung forderte auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in seiner gewerkschaftspolitischen Ansprache ein – für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes. Dazu gehöre auch eine angemessene Personalausstattung. Wenn nämlich, wie in der letzten dbb Bürgerbefragung 2019 identifiziert, 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger denken, dass der Staat mit seinen Aufgaben überfordert ist, führe dies zu einem Vertrauensverlust. Und noch schlimmer: Der Personalmangel im Bildungsbereich provoziere eine Abwärtsspirale gerade im Bereich der (gelebten) Werte. Wenn es hierfür nicht ausreichend Personal und Zeit gibt (wie die VBE Umfrage zu diesem Thema zeigt), wird eine Vermittlung von Werten immer schwieriger, was wiederum eine weitere Verrohung der Gesellschaft nach sich ziehe.

Weiterer Grußredner war der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet (CDU). In launigen Diskussionsrunden wurde anschließend über die Wiedervereinigung und die Beteiligung Jugendlicher am politischen Prozess gesprochen. Impulse für die Runden lieferten der Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) und die Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD).

Ausführliche Berichte zur Tagung finden Sie auch auf der Seite des dbb beamtenbund und tarifunion: <https://www.dbb.de/der-dbb/events/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2020.html>

### VBE Seniorenvertretung: Engagiert bei den Themen Lernen und Wohnen im Alter

„Wohnen im Alter – unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“ Dieser Frage widmete sich die 5. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb-Bundesseniorenvertretung am 21. Oktober 2019 in Berlin. Dass das Thema eine hohe Relevanz hat, verdeutlichten auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus der VBE Seniorenvertretung, die an den drei Fachvorträgen und der Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen, zukunftsorientierten Modellen und Lösungen teilnahmen.

Unter dem Motto „Gemeinsam lernen: analog und digital“ veranstaltete die Servicestelle der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen BAGSO am 20. November 2019 ihre Fachtagung. Der Bundessprecher der VBE Seniorenvertretung, Max Schindlbeck und sein Vertreter, Gerhard Kurze, nahmen an der Veranstaltung teil, die sich in Vorträgen und Fachforen vor allem der Frage widmete, wie Ältere sich leichter an Lern- und Bildungsangeboten beteiligen können.



Teilnehmende der VBE Seniorenvertretung auf der 5. Seniorenpolitischen Fachtagung der dbb-Bundesseniorenvertretung

## Gemeinsam stark – Frauen im VBE

Über die Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens als Frauenvertretung diskutierten die VBE Landesfrauenvertreterinnen aus allen Bundesländern Ende November 2019 auf ihrer Jahrestagung in Berlin. Dazu tauschten sie sich mit der Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann (SPD), die auch stellvertretende dbb Bundesvorsitzende ist, aus und mit Milanie Hengst. Sie ist Bundesvorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung (Deutsche Steuergewerkschaft) und Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundesfrauenvertretung. Sie referierte über den Zugang zu Führungspositionen, die Anrechnung von Teilzeiten und Beurlaubungen auf die Pension und ein familienfreundliches Steuerrecht. Ein weiteres Thema der Tagung war die momentane Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung in der Grundschule. Hierzu stellte Marion Binder (Leiterin der Referatsgruppe Bildung und Betreuung von Kindern im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) aktuelle Berechnungen und unterstützende Bundesprogramme vor.

Der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, leitete nach seinem Bericht über die aktuellen Themen im VBE die Wahl der Geschäftsführung auf Basis der neu verabschiedeten, eigenen Geschäftsordnung der VBE Frauenvertretung. Jutta Endrusch wurde einstimmig als Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig gewählt wurden Tanja Küsgens (Nordrhein-Westfalen) als Stellvertreterin und Lena Köhler (Niedersachsen) sowie Astrid Geisselbrecht (Niedersachsen) als weitere Mitglieder der Geschäftsführung.



## VBE im Gespräch: MdB Oliver Kaczmarek, SPD

Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, traf Ende November 2019 den Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek. Er ist Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion und auch Mitglied des Bildungsausschusses im Bundestag.

Die Bildungsthemen auf der Bundesebene nehmen durch die Mitfinanzierung des Bundes von gesellschaftlich relevanten Projekten stetig zu. So wurde nicht nur über den Digitalpakt (und dessen mögliche Weiterführung) und den Nationalen Bildungsrat (und dessen Scheitern) gesprochen, sondern vor allem über den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung in der Grundschule. Hier machte der VBE Bundesvorsitzende zunächst deutlich, dass es vor allem auf die Qualität des Ganztags ankomme und diese durch pädagogische Fachkräfte geleistet werden müsse. Deshalb ist der Fachkräftemangel ein wesentlicher Faktor für alle weitergehenden Überlegungen bezüglich des Rechtsanspruches. Kaczmarek fokussierte in seinen Ausführungen auf die nächsten Schritte. Demnach brauche es einerseits Finanzierungszusagen und andererseits die Reform des SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch), um dort den Anspruch zu postulieren.



Außerdem sprachen die beiden über die Lehrerbildung in Deutschland. Interessant: Kaczmarek bemängelte, dass das Wissenschaftssystem kaum Anreize setze, Lehrkräfte auszubilden, da dies zum Beispiel kein Faktor für die Bewerbung zur Exzellenz-Universität sei. Die Gesprächspartner waren sich abschließend darin einig, dass zudem nicht nur die Kapazität der Studienplätze erhöht werden müsse, sondern die Lern- und Lehrbedingungen ansprechend bleiben müssen. Entsprechend hatte sich der Junge VBE mit einem Antrag in der VBE Bundesversammlung im November eingebracht.



v. l.: Ronya Othmann, Wertebotschafterin GermanDream, Miriam Federgreen, Bildungsreferentin GermanDream, Torsten Wahl, Landesvorsitzender VBE Sachsen-Anhalt, Jeannine Thieme, VBE Sachsen-Anhalt

## #DreamDuo: VBE Sachsen-Anhalt und GermanDream initiieren ersten gemeinsamen Wertedialog

Als erster VBE Landesverband hat der VBE Sachsen-Anhalt am 10. Dezember 2019, also nur wenige Tage nach Bekanntgabe der bundesweiten Kooperation zwischen dem VBE und der Bildungsinitiative GermanDream, einen Wertedialog realisiert. Die Veranstaltung fand mit Schülerinnen und Schülern aus den Klassenstufen 8 bis 10 der Ganztagschule „Albert Schweitzer“ Aschersleben statt. Als Wertebotschafterin nahm Ronya Othmann die Jugendlichen mit auf eine Zeitreise in die Heimat ihres Vaters, eines kurdischen Jesiden in Syrien. Sie schilderte das Leben der unterdrückten und den Menschenrechten beraubten Minderheit in Syrien. „Wie wäre es, wenn ihr die Sprache, mit der ihr aufgewachsen seid, weder schreiben noch sprechen dürftet?“, fragte sie. Dies war nur ein Denkanstoß, der eine intensive

Diskussion unter den Schülerinnen und Schülern zu Meinungsfreiheit, Diskriminierung und Sicherheit entfachte. Der direkte Austausch sensibilisierte das Bewusstsein bei den Teilnehmenden, dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich sind und wie bedeutsam es ist, die Werte und die damit verbundenen Chancen des Grundgesetzes zu verteidigen. „Der Wertedialog hat auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie wichtig Kindern und Jugendlichen die Werte unseres Grundgesetzes sind (vgl. Wertestudie des VBE) und wie es gelingen kann, diese Werte erlebbar zu machen“, so Torsten Wahl, Landesvorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt. An einem Wertedialog interessierte Schulen können sich gerne an ihren jeweiligen VBE Landesverband wenden.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

## Aktivitäten für Senioren und Interessierte im VBE Berlin



### März 2020 – Berlins kulturelle Einrichtungen sind immer einen Besuch wert

#### Besuch im Stadtmuseum Märkisches Museum

**Termin:** Dienstag, 10. März 2020  
**Zeit:** 10.45 Uhr  
**Treffpunkt:** Museumseingang  
**Kosten:** 6,50 € incl. Führung  
**Anfahrt:** U2 bis U-Bahnstation Märkisches Museum

Telefonische Anmeldungen bitte bis 6.3.2020, 030 7879540.



### April 2020 – Durch die Parks im Berliner Norden

#### Spaziergang vom Franz-Naumann-Platz durch den Volkspark Rehberge bis zum Plötzensee

**Termin:** Dienstag, 7. April 2020  
**Zeit:** 11.00 Uhr  
**Treffpunkt:** Franz-Naumann-Platz  
**Anfahrt:** U 8 bis Franz-Naumann-Platz

Telefonische Anmeldungen bitte bis 5.4.2020, 030 7879540.



### Mai 2020 – Wir bleiben im Norden Berlins

#### Achtung: Neuer Wochentag aufgrund der Öffnungszeiten Besuch des Humboldt Schlosses, Adelheidallee 18, 13507 Berlin

**Termin:** Montag, 11. Mai 2020  
**Zeit:** 10.30 Uhr  
**Treffpunkt:** Bushaltestelle A 124, An der Mühle  
**Anfahrt:** U6, Alt Tegel + A 124, An der Mühle  
**Kosten:** 12,00 € incl. Führung

Schlossbesichtigung mit anschließendem Spaziergang durch den Schlosspark.  
 Telefonische Anmeldungen bitte bis 7.5.2020, 030 7879540.



### Vorankündigung September 2020

#### Tagesfahrt nach Stralsund – Samstag, 12. September 2020

Anmeldungen ab sofort möglich!!!

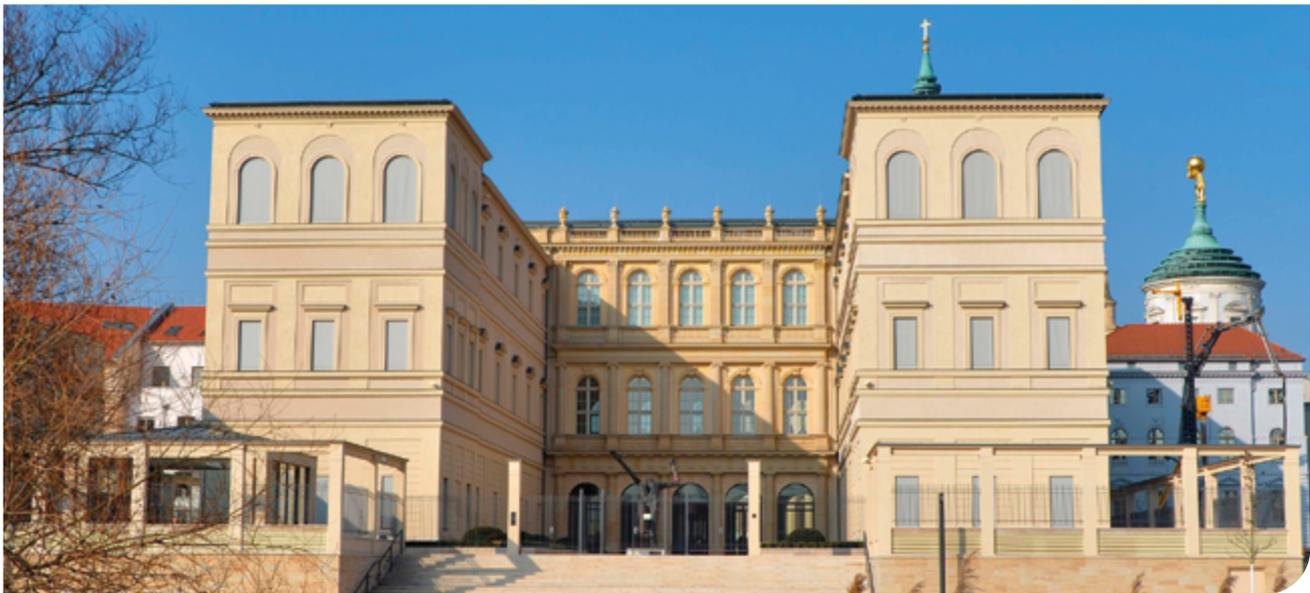
Nur Nicht-VBE-Mitglieder zahlen für die Fahrtkosten 35,00 €.

Bitte bei Anmeldung sofort auf das VBE-Konto überweisen,  
 damit die Teilnahme verbindlich ist: IBAN DE 49 6609 0800 0006 7653 00





*Petrus meinte es gut, als ein Fähnlein Aufrechter am Tag vor Nikolaus 2019 sich auf den Weg nach Dresden machte. Unter blauem Himmel genossen die Teilnehmer die Atmosphäre im vorweihnachtlichen Dresden, bewunderten die rekonstruierten Prachträume August des Starken im Schloss, ließen sich durch die Semperoper führen und genossen Beispiele der sächsischen Küche. Den gemütlichen Tagesabschluss bildete ein Bummel über die Weihnachtsmärkte in der Altstadt.*



*„Ein neues Jahr, ein neues Programm!“ Den Auftakt bildete im Januar 2020 ein Besuch der Van Gogh-Ausstellung im Palais Barberini. Ein Kunsthistoriker führte die Gruppe durch die künstlerische Entwicklung des Meisters, eng gekoppelt an seine streckenweise tragische Biographie. Den Höhepunkt der Ausstellung bildeten die Stilleben im Stil des Impressionismus.*



**dbb-Senioren bei Ministerin Franziska Giffey**  
 Im Rahmen der dbb-Jahrestagung 2020 traf die Geschäftsführung der dbb-bundesseniorenvertretung die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Franziska Giffey. Im sehr persönlichen Gespräch ging es vor allem um die Zusammenarbeit von Senioren und Jugend. Dabei bekräftigten die Seniorenvertreter ihr Motto, „Ob Jung, ob Alt – Zusammenhalt!“. Max Schindlbeck, stellvertretender Vorsitzender der Beamtenbund-Senioren, betonte, dass das Zusammenstehen von Jugend und Senioren eine Klammer sei, welche Gesellschaft und auch Verbände zusammenhält. Man merkte sehr schnell, dass die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit ein Kernanliegen beider Gesprächspartner ist.

Max Schindlbeck  
 Geschäftsführung der  
 dbb-bundesseniorenvertretung

Foto Anke Schwitzer

### Abbrecher-Quoten schön-gerechnet?

++ Bildungsverwaltung muss unterschiedliche Zahlenangaben erklären: **Dirk Stettner**, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Bei aller Freude über angeblich gesunkene Schulabbrecher-Quoten in Berlin stellt sich die Frage, wie die von der Senatsbildungsverwaltung bekannt gemachten neuen Zahlen zustande gekommen sind. Alle bisher auch von ihr selbst veröffentlichten Statistiken weisen für das letzte Jahr einen deutlich größeren Anteil von Schülern ohne Schulabschluss aus.

Für 2017/18 waren laut Bildungsverwaltung in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage 9,5 Prozent der Schulabgänger ‚ohne Bildungsreife‘ (s. DS 18/20600), jetzt sollen es auf einmal nur noch 8,6 Prozent gewesen sein. Wir warnen Bildungssenatorin Scheeres vor Schönrechnereien. Es geht hier um die Zukunftschancen unserer Kinder. Sie bleibt aufgefordert, die Diskrepanz überzeugend zu erklären.“

07.01.2020

### Quereinsteiger auf 20 Prozent begrenzen ++ Niedrigere Quote und Verbeamtung für bessere Bildung

**Dirk Stettner**, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Der Anstieg von Quer- und Seiteneinsteigern vor allem an Brennpunktschulen ist ein bildungspolitisches Armutzeugnis. Da helfen auch keine 300 Euro-Zulagen, an denen die Koalition trotz ihrer Wirkungslosigkeit festhalten will. Bildungssenatorin Scheeres verspricht wieder einmal ein Konzept, dabei weiß inzwischen jeder: Sie hat kein Erkenntnis-, sondern vor allem ein Umsetzungsproblem. Mit ihr wird sich Berlins Bildungskrise nicht lösen lassen.

Wir halten an unserer Forderung fest, dass an unseren Schulen nicht mehr als 20 Prozent an Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung tätig sein darf. Zudem ist längst überfällig, dass Berlin als letztes Bundesland Lehrer verbeamtet. Unser Antrag dazu wird am Donnerstag im Plenum beraten, die SPD hatte sich auf ihrem Parteitag ebenfalls für die Verbeamtung ausgesprochen. Sie kann

das gern mit uns zusammen durchsetzen und damit Wort halten.“ 10.01.2020 **Paul Fresdorf**, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, zu den **Problemen der Berliner Schulen beim kostenlosen Schulessen:**

„Das kostenlose Schulessen ist in erster Linie eine gute Idee. Nun wird aber deutlich, dass der Berliner Senat den zweiten vor dem ersten Schritt gemacht hat. Schon am Anfang der Debatte hat die FDP-Fraktion davor gewarnt, dass viele Schulen überhaupt nicht über den benötigten Platz und die Ausstattung verfügen. Es fehlt schlicht an Equipment und Inventar. Es kann nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler den überhasteten Aktionismus der Bildungssenatorin ausbaden müssen. Sandra Scheeres muss hier nachsitzen und nacharbeiten, denn sonst werden am Ende eine Menge Lebensmittel in der Tonne landen und Gelder verbrannt. Kostenlosigkeit darf nicht zur Verschwendung führen.“

07.01.2020

## Frauen

# Vereinbarkeit von Familie und Beruf Ganztagsbetreuung an Grundschulen: Rechtsanspruch einführen

Für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern hat sich die dbb bundesfrauenvertretung ausgesprochen.

„Ganz oben auf der Dringlichkeitsliste von berufstätigen Müttern und Vätern steht neben bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Kita-Plätzen auch der Wunsch nach Ganztagsbetreuungsangeboten an Grund- und weiterführenden Schulen. Denn mit dem Übergang zur Schule fällt oftmals das Kinderbetreuungsangebot am Nachmittag weg. Viele Eltern sind gezwungen, ihre Wochenarbeitszeit zu reduzieren. In Folge müssen sie auf wichtiges Familien-

lieneinkommen verzichten. Besonders hart trifft es alleinerziehende Mütter. Ein Rechtsanspruch auf schulische Ganztagsbetreuung könnte die Situation für viele Betroffene entschärfen, wenn das Angebot stimmt“, machte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 20. Januar 2020 deutlich.

Derzeit fehle es aber an geeigneten Räumlichkeiten und qualifiziertem Personal, um einen Rechtsanspruch auf schulische Ganztagsbetreuung umzusetzen. „Wir können hier nur aus den Erfahrungen mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung lernen. Der Bund muss

finanzielle Mittel bereitstellen, und zwar schnell und unbürokratisch, damit die grundlegenden Ressourcen wie Personal und Räumlichkeiten für den Ganztagsbetrieb an Schulen zur Verfügung stehen“, so Wildfeuer.

Neben dem kostenfreien Zugang zu Betreuungsangeboten und serviceorientierten Öffnungszeiten bedarf es darüber hinaus auch einer Qualitätsgarantie. „In der Debatte um gute Nachmittagsbetreuungsangebote dürfen wir die Bedürfnisse der überwiegend weiblichen Betreuungskräfte nicht aus dem Blick verlieren. Deren Qualifizierung und Bezahlung müssen den hohen Anforderungen an die Tätigkeit entsprechen. Gleichzeitig müssen die Beschäftigenden für einen umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz vor Ort sorgen“, erklärte Wildfeuer.

Dbb frauenvertretung 20.01.2020



## Medienbildung einfach machen – kostenfrei und kreativ

didacta  
die Bildungsmesse  
24.–28. März 2020  
Messe Stuttgart

Der Einsatz von Sozialen Medien für Bildungszwecke wird von jedem Bundesland individuell geregelt. Doch auch wenn das für die meisten Lehrkräfte bedeutet, dass sie Soziale Netzwerke nicht selbst mit ihrer Klasse nutzen können, ist die Behandlung von Chancen und Risiken im Unterricht möglich – und vor allem sinnvoll. Das im Jahr 2016 von der KMK veröffentlichte Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“<sup>1</sup> nimmt Schulen diesbezüglich in die Pflicht: Digitale Kommunikationsmöglichkeiten zielgerichtet- und situationsgerecht zu nutzen und zu reflektieren, ist nur eine von vielen Kompetenzen, die es zu fördern gilt. Hierbei unterstützt der gemeinnützige Verein Deutschland sicher im Netz e.V. Schulen mit zwei Angeboten.

### DigiBitS – Digitale Bildung trifft Schule: Für mehr Medienbildung im Fachunterricht

Das Projekt DigiBitS befähigt und motiviert Lehrkräfte, digitale Kompetenzen von jungen Menschen im Fachunterricht zu fördern. DigiBitS begleitet schon heute über 160 Partnerschulen in ganz Deutschland. Weitere Schulen, die kostenfrei an diesem Bildungsprojekt partizipieren möchten, sind jederzeit willkommen. DigiBitS bietet:

- kostenfreie fachspezifische Unterrichtsmaterialien,
- die Bündelung von über 400 weiterführenden Angeboten in einem Online-Pool,
- die Befähigung von Lehrkräften in Weiterbildungen und
- die Vernetzung von Schulen und den Austausch mit anderen Unterstützungsangeboten der Medienbildung.



Soziale Netzwerke sind nur eines von vielen Themen, zu denen Lehrkräfte bei DigiBitS konkrete Unterrichtsideen finden. So können Schüler\*innen im Deutschunterricht die Chancen und Risiken digitaler Kommunikation thematisieren und Regeln für einen verantwortungsbewussten Umgang entwickeln, z.B. anhand des WhatsApp-Klassenchats. Die DigiBitS-Unterrichtseinheit „Wahrheit oder Lüge“ leitet zur Auseinandersetzung mit dem Thema Fake News<sup>2</sup> an.

Mit Hilfe der Einheit „Meinungsmacher“ können Schüler\*innen einen eigenen Pressekodex für die Klasse entwickeln. In gesellschaftswissenschaftlichen Fächern sollten Lehrkräfte mit ihren Schüler\*innen über Cybermobbing, Sexting<sup>3</sup> oder Cybergrooming<sup>4</sup> und Persönlichkeits- und Urheberrechte sprechen.

In den Unterrichtseinheiten „Meine Lieblings-App: Chancen und Risiken“ und „Privatsphäre im Netz: Wie werden Daten zu Geld“ reflektieren Schüler\*innen ihre eigene Mediennutzung und hinterfragen die Macht der Konzerne. Im Kunstunterricht können Schüler\*innen unter dem Motto „Vom Portrait zum Selfie: Selbstdarstellung im Wandel“ ihren Auftritt in sozialen Medien und den Selfie-Trend kritisch überdenken.

Alle Materialien und Infos zur kostenfreien Teilnahme unter [www.digibits.de](http://www.digibits.de)

**Jugendwettbewerb myDigitalWorld:** Digitale Begegnungen – Wie ich sicher auf Plattformen, Netzwerken & Co. unterwegs bin myDigitalWorld ruft Schüler\*innen vom 7. bis zum 12. Schuljahr dazu auf, sich kreativ und kritisch mit ihrer Internetsicherheit zu befassen. In der diesjährigen Aufgabenstellung „Digitale Begegnungen“ setzen sich junge Menschen damit auseinander, wie moderne Möglichkeiten der Kommunikation sowohl ihr Leben als auch die Gesellschaft verändern. Wo trifft man online auf andere Menschen – und mit welchem Ziel? Welche Online-Angebote gibt es und wie unterscheiden diese sich? Wo hat das Internet Kommunikation überhaupt erst möglich gemacht, wo diese verändert? Die Ergebnisse können als Infografik, Video oder Multimedia-Präsentation dokumentiert und eingereicht werden. ■

Als Gewinne winken eine Klassenreise nach Berlin sowie Sachpreise. Einsendeschluss ist der 31. März 2020.

Weitere Infos zum Jugendwettbewerb unter [www.mydigitalworld.org](http://www.mydigitalworld.org)

1 Kultusministerkonferenz: „Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz“, 2016; [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2017/Strategie\\_neu\\_2017\\_datum\\_1.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2017/Strategie_neu_2017_datum_1.pdf)

2 Engl. Falschnachrichten. Bezeichnen Nachrichten, die Informationen verzerren, über die Maßen betonen und oft aus dem Kontext gerissen darstellen oder schlicht erfunden sind und überwiegend in sozialen Netzwerken gezielt verbreitet werden.

3 Digitaler Austausch selbst produzierter erotischer Fotos oder Videos.

4 Gezieltes Ansprechen von Personen im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte oder sogar Missbrauch.

Zwischenbericht des Berliner Forschungs- und Praxisprojektes  
„Medienerziehung im Dialog von Kita und Familie“

## Die digitale Welt der Kleinsten – Reizthema und Bildungsauftrag

Grünbuch mit ersten Ergebnissen /  
Praxisphase beginnt im Januar 2020

Berlin/Ravensburg (11. Dezember 2019).

Welche Faktoren fördern, welche verhindern, dass Erzieher(innen) und Eltern von Kitakindern sich in Sachen Mediennutzung verständigen und bestenfalls an einem Strang ziehen? Wie lässt sich überhaupt die medienerzieherische Begleitung kleiner Kinder gemeinsam durch Eltern und pädagogische Fachkräfte sinnvoll gestalten? Erste Ergebnisse zu diesen Fragen liefert das „Grünbuch“ des wissenschaftlichen Teams der Berliner Stiftung Digitale Chancen. Diese verantwortet in Kooperation mit der Stiftung Ravensburger Verlag ein vierjähriges Forschungs- und Praxisprojekt zur Medienerziehung an der Schnittstelle Kita und Familie.

Das vollständige „Grünbuch – Förderliche und hinderliche Faktoren für eine gelingende Medienerziehung in frühkindlichen Bildungseinrichtungen unter Einbeziehung der Eltern und Familien“ mit einem vorläufigen Forschungsfazit finden Sie unter folgendem Link:

Download Grünbuch: <https://www.ravensburger.net/stiftung/stiftung/artikel-download-02/index.html>

Stiefkind Medienerziehung? Die Bildungspolitik Mehr als die Hälfte aller Zweijährigen besuchen heutzutage eine Krippe oder Kita. Viele dieser Kinder sind mit mobilen Medien und Kleinkinder-Apps bereits vertraut. Die meisten Bildungspläne der Bundesländer sehen eine gezielte Medienerziehung in der Kita vor. Dennoch haben drei Viertel der Kitas in Deutschland kein Medienkonzept, das den Umgang mit digitalen Medien in den Einrichtungen festlegt. Zwar rückt die Rolle der Kita als erste Bildungsinstitution immer stärker in den Fokus des politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interesses – jedoch fühlen sich viele pädagogische Fachkräfte von den wachsenden Aufgaben überfordert. Problematisch ist auch, dass das Thema Medien in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte meist nur einen geringen Stellenwert hat.

Kita als medialer Schonraum? Die Haltung der Eltern Eltern wiederum betrachten die Kita oft als einen medialen Schonraum und blicken kritisch auf den Einsatz von digitalen Geräten in der Kita. Stattdessen erwarten sie klassische Kita-Aktivitäten wie Spiel und Bewegung im Freien, Basteln, Vorlesen oder Musizieren. Die Alltagswelt junger Familien, in denen Smartphones, Tablets und Nutzung sozialer Medien selbstverständlich und schon die Jüngsten mit Kleinkinder-Apps vertraut sind, stehen allerdings im krassen Gegensatz dazu. Das Thema Medien kann daher ein Reizthema in der Kommunikation zwischen Kita und Familie sein.

Schnittstelle Elternhaus-Kita – das Forschungs- und Praxisprojekt. Das auf vier Jahre (bis Mitte 2022) angelegte Forschungs- und Praxisprojekt der beiden Stiftungen zur Medienerziehung an der Schnittstelle Elternhaus-Kita umfasst drei Module:

1. Systematische Analyse und Bewertung der Bildungslandschaft sowie Bestandsaufnahme des aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstands;
2. Entwicklung eines Katalogs an förderlichen und hinderlichen Faktoren (Grünbuch);
3. Zweijährige Feldphase zur Bewertung der medienpädagogischen Arbeit in ausgewählten Kitas (Modellvorhaben) verschiedener Bundesländer.

Praxisphase: Kitas in Berlin, Brandenburg, Niedersachsen. In der im Januar 2020 beginnenden dritten Projektphase widmet sich das Forschungsteam den Erfahrungen und der Praxis in ausgewählten Kitas, interviewt Fachkräfte, Kita-Leitungen und Eltern zu den im Grünbuch erläuterten Gelingens-Bedingungen und nimmt beobachtend am Kitaalltag teil. Folgende zehn Kitas in Berlin, Brandenburg und Niedersachsen wurden ausgewählt. ...

Stiftung Ravensburger Verlag

Willkommen in BERLIN | BRANDENBURG

**KLASSENFAHRTEN**  
www.djh-klamo.de

UMWELTPÄDAGOGIK  
GEDENKSTÄTTENPÄDAGOGIK  
ERLEBNISPÄDAGOGIK

QMJ  
QUALITÄTSMANAGEMENT KINDER UND JUGENDLICHE  
BRANDENBURG

**Außerschulisches Lernen in der Jugendherberge**  
Die Jugendherbergen in Berlin und Brandenburg bieten Ihnen pädagogische Programme aus verschiedenen Themenbereichen an.

**DJH Service-Center Berlin-Brandenburg**  
Tel. 030 264 952-0  
service@jugendherberge.de

Gemeinschaft erleben  
jugendherberge.de

DJH

# Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Berlin fordert die Einführung der verpflichtenden Vorklasse für alle Kinder, mit dem Recht auf einen Kitaplatz, an den Berliner Schulen!!!

Einer der größten bildungspolitischen Fehler von der Bildungsministerin, Frau Scheeres, neben der Einschulung mit 5 Jahren, war es, den Bildungsauftrag an die Kita zu geben und die Vorklassen ohne Not abzuschaffen. Dies erfolgte ohne ein für alle Kindertagesstätten, ob staatlich oder in freier Trägerschaft, gültiges Förderkonzept, noch eine Kontrolle der Umsetzung oder die Evaluation dieser Maßnahme. Konsequenz dieser Maßnahme ist, dass viele Kinder ohne Sprachkenntnisse, ohne jegliche Vorbereitung auf den Schuleintritt in die erste Klasse eingeschult wurden. Besonders negativ wirkte sich dies auf Kinder aus bildungsfernen Familien, mit oder ohne Migrationshintergrund, aus.

Die verpflichtende Teilnahme an der Vorschule brächte viele Vorteile für die Kinder.

Neben der frühen Sprachförderung würden die Kinder den Umgang mit Stiften, Pinsel, Schere und anderen Materialien kennenlernen, damit würde auch die Feinmotorik gestärkt.

Ihr Umweltwissen wie Kenntnisse über Tiere und Pflanzen, wichtige Einrichtungen der Stadt, Farben und Formen usw. wird erweitert. Konzentration und Gruppenverhalten können eingeübt werden sowie soziales und gewaltfreies Verhalten.

In der Vorklasse können Grundsteine für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht gelegt werden, die auch den Start für Kinder aus bildungsfernen Familien erleichtern würde.

Da die Teilnahme an der Vorschule verpflichtend ist, kann die Nichtteilnahme genauso wie die Verletzung der Schulpflicht geahndet werden. Damit wäre auch sichergestellt, dass kein Kind mehr ohne, wenigstens geringfügige, Deutschkenntnisse eingeschult wird. Das Recht auf einen Kitaplatz oder eine andere Betreuungsart muss natürlich garantiert sein.

Als Übergangslösung muss den Erzieher\*innen eine Zusatzqualifikation „Vorklassenleiter\*innen“ angeboten werden. Parallel dazu muss die Ausbildung zu Vorklassenleiter\*innen Teil der Erzieher\*innenausbildung werden.

Es reicht nicht, dass die politischen Verantwortlichen nach Ursachen suchen, um zu erklären, dass Berlin bei bundesweiten Vergleichsarbeiten oder Pisa die „rote Laterne“ darstellt.

Die letzten Jahre der ideologisch geprägten Reformen bringen immer mehr Schulabbrecher\*innen und Schüler\*innen ohne Schulabschluss hervor, die sich zum Teil als ausbildungsunfähig erweisen. Es kann sich ein Land wie Deutschland nicht erlauben, immer mehr Jugendliche für die Ausbildung und damit für Industrie und Handwerk zu verlieren.

Da muss gegengesteuert werden, und zwar dort, wo die Schullaufbahn beginnt, in der Grundschule. Auf die müssen die Kinder bestmöglich vorbereitet werden, ansonsten wird hier schon der Grundstein für den Misserfolg in der Schullaufbahn gelegt.

Die Uhr tickt schon lange!

Reißen wir das Ruder herum und besinnen wir uns auf Dinge, die in der Vergangenheit für die Kinder gut waren und sich bewährt haben, z. B. die Vorklasse.

H. Quandt

## Initiative des VBE Berlin für die Wiederaufnahme der Vorklassen an den Berliner Grundschulen

**Vorklassen sind wichtig, um Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder vor dem Schuleintritt zu fördern und ihnen dadurch einen guten Schulstart zu ermöglichen.**

Wir bitten um Ihre Teilnahme und die Rücksendung der Listen bis zum **28.02.2020** an den **VBE Berlin**, Ebersstr. 10, 10827 Berlin \* [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)



# Pädagogische Arbeitsweisen in Vorklassen und Schulkindergärten in Deutschland bis 2018

Im Jahr 2018 gab es in Deutschland 32.577 allgemeinbildende Schulen, 1.206 Vorklassen und Schulkindergärten.

Eine Vorklasse besuchen Kinder, die schulpflichtig sind, aber noch nicht erfolgreich am Besuch der ersten Klasse teilnehmen können. Sie erhalten ein Jahr Zeit, um den Übergang von Kindergarten zur Grundschule besser bewältigen zu können.

Mit dem vollendeten 6. Lebensjahr wird ein Kind eingeschult, weil der Gesetzgeber davon ausgeht, dass es dann den Anforderungen zu erfolgreicher Mitarbeit im Anfangsunterricht der Grundschule gerecht wird. Jedoch sind nicht alle Kinder mit sechs Jahren auch tatsächlich schulfähig. Einige haben aus den verschiedensten Gründen Entwicklungsverzögerungen, oftmals in mehreren Bereichen (emotional, sozial, kognitiv, körperlich, psychomotorisch).

Deshalb wurden Vorklassen eingerichtet; die ersten entstanden 1906 in Berlin und 1953 in Hessen.

In vielen Bundesländern nennt man diese Einrichtung Schulkindergarten. In einem der 1. Klasse vorgeschalteten Schuljahr wird den Kindern entscheidende Hilfe gegeben:

Sie werden auf den Besuch der Anfangs-klassen vorbereitet, ohne Lerninhalte vorwegzunehmen. Vorklassen haben sich bewährt; das Image hat sich verbessert; von Eltern und Grundschulen wird die Wichtigkeit erkannt. Aus diesem Grund wurden jährlich neue Vorklassen eingerichtet.

Die Arbeit in der Vorklasse beinhaltet einen ganzheitlichen Ansatz. Die Lernsituation greift die Erlebniswelt des Kindes auf. Die Kinder lernen über das Tun und Begreifen. Das Spiel ist dabei ein wichtiges Mittel der Kinder, ihre Umwelt und sich selbst zu erfahren.

Der Ablauf des Tages hat einen eigenen Rhythmus, der durch einen Wechsel von Spiel- und Arbeitsformen gekennzeichnet ist. Abwechselnde Tätigkeiten wie Spielen und Arbeiten, Singen, Erzählen, Basteln, Malen und Bewegung,

die nicht an feste Zeitpläne gebunden sind, sollen motivieren und Freude an der Schule wecken. Diese finden sowohl in der Gesamtgruppe, einer Kleingruppe, aber auch in Einzelförderung statt. So kann auf die individuellen Lernvoraussetzungen der Kinder eingegangen werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Vorklassenarbeit zählen:

- Besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten werden unterstützt.
- Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein werden entwickelt.
- Das Sozialverhalten wird gefördert.
- Konzentration und Ausdauer werden geübt.
- Die Entwicklung der Grob- und Feinmotorik wird verbessert.
- Sprachkenntnisse werden erweitert, die Kommunikationsfähigkeit wird gefördert.
- Positive Einwirkung auf die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit im kognitiven, emotionalen, psychischen, motorischen und sozialen Bereich wird angeregt.
- Sinneswahrnehmung wird geschult.
- Vorschulische Arbeitstechniken bereiten die Kinder auf den Unterricht in der 1. Klasse vor.
- Die Zusammenarbeit mit Eltern, Erziehungsberechtigten, Kindergärten und anderen Institutionen wird gepflegt.

Um die Bedeutung der Vorklasse als einen geschützten Raum besser zu verstehen, erscheint es wichtig, ihren pädagogischen Ansatz und grundlegende Unterscheidungen zur Arbeit in der 1. Klasse zu beschreiben.

Die Arbeitsweise in der Vorklasse ist kindorientiert und vorwiegend ganzheitlich ausgerichtet. Kindorientiert heißt, dem Kind Zeit und Raum zu geben, sich in seiner Gesamtpersönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten.

Für die Sozialpädagogin bedeutet dies, das Kind dort abzuholen, wo es in seiner Entwicklung steht, ohne bestimmte Fertigkeiten vorauszusetzen. Es erfordert ein intensives Beobachten der Kinder und ein individuelles Zusammenstellen von Fördermöglichkeiten.

In der Vorklasse werden den Kindern vielfältige Anreize geboten, die möglichst alle Sinne ansprechen. Dabei wird der ganze Körper mit einbezogen, um ihn ganzheitlich wahrnehmen zu lassen. Nicht die theoretische Wissensvermittlung steht im Vordergrund, sondern das Lernen durch Erleben und Handeln. Förderung ist demnach nicht als isoliertes Funktionstraining zu sehen und ist in die kindliche Erfahrungswelt mit eingebettet. Erst das gute Zusammenspielen der Sinne, der Motorik und einer altersgemäßen Sprachentwicklung lässt die Kinder dann den Anforderungen der 1. Klasse besser gerecht werden.

Kindorientierung und ganzheitliches Lernen sind somit Hauptpfeiler der Arbeitsweise mit Vorklassenkindern und werden nicht durch einen vorgegebenen Lernplan eingeschränkt. Zwar ist der Rahmenplan für die Vorklassenarbeit in verschiedene Handlungsfelder gegliedert, jedoch stellt er vielmehr eine Orientierungshilfe dar, die auf die spezifische Situation der jeweiligen Vorklassengruppe abgestimmt werden muss.

Von entscheidender Bedeutung für die Kinder ist die persönliche Bindung an eine feste Bezugsperson, die ihr höheres Zuwendungsbedürfnis befriedigen kann. Die Sozialpädagogin gibt den Kindern durch einen rhythmisierten Tagesablauf mit verlässlichen Strukturen Sicherheit, sich in einem anregungsreich eingerichteten Klassenraum im Klassenverband zu erleben. Sie trägt Sorge für das Wohlergehen der einzelnen Kinder und kann sich die Zeit nehmen, um auf die Bedürfnisse und Fragen einzugehen. Auch dem Bedürfnis nach körperlicher Nähe und emotionaler Unterstützung wird in höherem Maße Rechnung getragen.

Unseren Erfahrungen nach besuchen die Kinder die Vorklasse mit viel Freude und starten danach gestärkt, aber auch neugierig in das 1. Schuljahr.

*Quelle: Dokumentation des Arbeitskreises pro Vorklasse*

*Veröffentlicht von J. Rudnicka, 07.10.2019*

## „Geschützter Raum – Vorklasse“



Kinder, die die Vorklasse besuchen, haben häufig Misserfolgserlebnisse erfahren und leiden oft unter einem daraus resultierenden schwachen Selbstwertgefühl, sowie einer geringen Frustrationstoleranz

„... bis zu den Herbstferien war Florian in der ersten Klasse. Er beteiligte sich nicht am Unterricht, musste häufig wegen starker Bauchschmerzen vorzeitig abgeholt werden, musste ständig auf

die Toilette, hob schützend seine Arme um den Kopf und machte sich ganz klein, wann immer er angesprochen wurde; kurzum er war ein unglückliches Kind geworden ...“

Sorgfältig abgestimmte Lernsituationen, die Kinder fordern, aber nicht überfordern, lassen über kleinere Erfolgserlebnisse ihr Selbstvertrauen erstarken, sodass sie im Umgang mit neuen Anforderungen sicherer werden.

Zum Beispiel Florian: „... Er stellt zu hohe Ansprüche an sich selbst; wenn er vermutet, dass er nicht als Bester abschneiden wird, verweigert er.

Beim Sport und beim Spielen mit Gewinnern haben wir versucht – mit dem unausgesprochenen Einverständnis der Vorklasse – häufig ein bisschen zu schummeln, um ihm das Gefühl zu geben, zu gewinnen. Seine Toleranzschwelle hat sich ganz allmählich erhöht; er traut sich immer mehr zu und wird immer sicherer ...“

Auch ist die Arbeit in Vorklassen in ihrem Fortschreiten eng an das Tempo der einzelnen Kinder angepasst – eine Vorgehensweise, die im Regelunterricht der 1. Klasse schwer möglich ist, muss die Vermittlung neuer Inhalte hier doch rascher aufeinanderfolgen, um die Ziele des Lehrplanes zu erreichen.

Selbst individuelle Förderstunden würden die nicht schulfähigen Kindern nicht – oder nur mit unverhältnismäßig großer Anstrengung – die Klassenziele erreichen lassen, weil Differenzierung nicht das Nachholen basaler Erfahrungen ersetzen kann. In diesem Unterrichtskontext fehlt den Kindern die Zeit, Entwicklungsschritte aufzuarbeiten.

Quelle: <http://vorklasse.de/index.php/dokumentation/geschuetzter-raum-vorklasse>

## Aktuelle Gedanken zur Vorklasse und wiederkehrende Argumente gegen die Vorklasse

Nach wie vor hat die Vorklasse ihre Berechtigung im Angebot der Grundschule!

Es ist jedoch zu beobachten, dass sich die allgemeinen Bedingungen in der Grundschule Zug um Zug verschärfen:

1. Die Klassengröße bis zu 28 Kinder muss „auf Anweisung von oben“ immer öfter konsequent ausgeschöpft werden.
2. Klassen werden auch noch am 1. oder 2. Tag des neuen Schuljahres zusammengelegt, wenn sich die Schülerzahl verringert hat.
3. Die Auffälligkeiten der Schulanfänger in den unterschiedlichen Entwicklungsbereichen nehmen in den letzten Jahren eher zu.

4. Immer häufiger wird über die Schließung einer Vorklasse nachgedacht, wenn die wahrscheinliche Gruppengröße zu Beginn des Schuljahres unter 10 liegt.

### Immer wiederkehrende Argumente gegen die Vorklasse

#### 1. Kinder werden zu spät eingeschult

In einzelnen Fällen kann es tatsächlich passieren, dass Kinder mit acht Jahren in die erste Klasse eingeschult werden. Das geschieht dann, wenn das Kind nach dem 1. Juli im Sommer sieben Jahre alt wird und mit den Anforderungen einer ersten Klasse überfordert ist.

Normalerweise kommen Vorklassenkinder mit sieben Jahren in die erste Klasse. Eine erfolgreiche Schullaufbahn misst sich nicht am Alter, sondern am Entwicklungsverlauf des Kindes.

Wenn die Vorklasse als solche nicht mehr existieren würde, benötigte ein Kind mit den klassischen Entwicklungsrückständen für den Lernstoff der ersten beiden Schuljahre ganz sicher auch drei Jahre, wobei sich die Frage stellt, in welchem Rahmen das Kind am Anfang seiner Schulzeit besser gefördert werden kann.

#### 2. Vorlaufkurse machen Vorklassen überflüssig

Kinder mit geringen deutschen Sprachkenntnissen sollten auch unserer Mei-

nung nach einen Vorlaufkurs besuchen. Aber Kinder, die in die Vorklasse gehen, haben Probleme in den unterschiedlichsten Entwicklungsbereichen. Neben Sprachauffälligkeiten sind – häufig parallel – Auffälligkeiten im motorischen, sozial-emotionalen und/oder im kognitiven Bereich zu beobachten. Es zeigt sich nach zweijähriger Erfahrung mit den Vorlaufkursen, dass ausländische Kinder, die drei Jahre einen Kindergarten besuchten und trotzdem nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, häufig auch Probleme in anderen Bereichen haben. Diese Probleme können während eines Schuljahres in einem Vorlaufkurs allein nicht gelöst werden.

### 3. Die Vorklasse selektiert die Kinder schon vor der Einschulung

Kinder empfinden ihre Einschulung in die Vorklasse in den allermeisten Fällen nicht als Selektion. Sie werden ganz im Gegenteil motiviert, weil sie den Anforderungen gerecht werden können und mit den Erfolgserlebnissen auch Lernfreude entwickeln.

Die Vorklassenleiterin bzw. der Vorklassenleiter kann einzelne Kinder viel effektiver fördern.

Nicht die Kinder empfinden Vorklasse als selektive Maßnahme, sondern Erwachsene, die diese Form der Förderung ablehnen.

Wir – der Arbeitskreis Vorklasse sind aus den o. g. Gründen nach wie vor der Meinung, dass es zur Förderung in der Vorklasse für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen keine Alternative gibt!

Der VBE Berlin dankt für die freundliche Nachdruckgenehmigung beim Arbeitskreis „Pro Vorklasse“  
[www.vorklasse.de](http://www.vorklasse.de)

Quelle: Copyright © Dr. Martin R. Textor, Fichtestraße 14a, 97074 Würzburg,  
[www.martin-textor.de](http://www.martin-textor.de)

Alle Rechte vorbehalten ■

## Meinung

# Vergleichsarbeiten Vera 3

Und wieder hat Berlin bei der Vergleichsarbeit Vera 3 die „rote Laterne“ erhalten.

Da wir daran gewöhnt sind, gibt es kaum noch einen Aufschrei darüber, wie tief die Berliner Bildungspolitik und damit die Bildung unserer Kinder gesunken ist, trotz der vielen weder personell noch finanziell ausgestatteten Reformen, die gerade die Grundschule erheblich gebeutelt haben.

Ich erinnere mich noch, dass Grundschüler in den Vorklassen auf den Einstieg in die Schule vorbereitet wurden, wo Hauptschüler in kleinen Klassen gefördert wurden und die meisten wenigstens einen Hauptschulabschluss besaßen.

Da gab es noch die äußere Differenzierung, die es auch guten Schülern ermöglichte, sich mit anderen guten Schülern zu messen und sich weiter zu entwickeln, um dann in der Oberstufe unter sich zu sein.

Kitas, die noch Kita-Gruppen hatten, in denen tatsächlich gefördert wurde, gesungen und vieles gelernt wurde, bevor die offene Arbeit in den Kitas Mode wurde und die Kinder mehr durch die Kita tobten, als es vielen Erziehern\*innen lieb war und meist keine förderliche Arbeit mit den Kindern mehr stattfand.

Heute schauen wir auf diese Zeit mit Wehmut zurück und wünschen uns, dass sie wiederkehrt, damit unsere Kinder wieder mehr lernen und auf die

Arbeitswelt vorbereitet werden.

Die heutige Bildungspolitik ist geprägt von Ideologie, die nicht akzeptiert, dass Kinder unterschiedlich begabt sind, unterschiedlich gefordert, aber auch gefördert werden müssen, die Forderung, dass möglichst jedes Kind Abitur machen muss und damit das Abitur, das zur Hochschulreife führen soll, entwertet wird. Soll wirklich jeder Jugendliche ein Abitur haben oder brauchen wir nicht auch welche, die eine gute Schulbildung besitzen und ausbildungsfähig für das Handwerk und die Industrie sind?

Früher hat man gesagt, es gibt Kinder, die mit dem Kopf arbeiten und Kinder, die besser mit der Hand arbeiten. Ist die Arbeit mit der Hand weniger wert als die mit dem Kopf?

Der Fachkräftemangel gibt die Antwort. Aber auch das Abitur ist heute weniger wert als früher. Werden doch 30% der Schüler\*innen an die Gymnasien zugelassen, ohne dass sie die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abiturabschluss mitbringen.

Schon die Zensurierung in der 5. und 6. Klassenstufe, bei 45% der Gesamtpunktzahl noch eine Vier zu geben, verzerrt den Leistungsstand der Schüler. In Mathematik muss jeder Rechenschritt wie an der Oberschule bepunktet werden. Das bedeutet, dass der schriftlichen Division bei einem Rechenfehler, mit dem richtig weiter gerechnet wird, von

der Gesamtpunktzahl nur ein Punkt abgerechnet wird. Schüler\*innen können bei einer solchen Arbeit, obwohl sie kein Ergebnis richtig haben, noch eine 3 erhalten.

Zu meiner Schulzeit wäre dies eine ungenügende Arbeit (Zensur 6) gewesen, da kein Ergebnis richtig gewesen wäre.

Was vermitteln wir unseren Schüler\*innen mit dieser Zensurierung, es ist egal, ob wir richtig rechnen. Gilt das später auch beim Brückenbau? Früher war es schwierig, ein Kind von einem Bundesland in ein anderes umzuschulen, oder von einem Bezirk in einen anderen. Heute ist es schwierig ein Kind von einer Schule in eine andere Schule umzumelden. Sie fragen warum? Ganz einfach, nach Anordnung der Bildungsverwaltung hat jede Schule ihr eigenes Curriculum für jedes Fach zu erarbeiten.

Warum drückt sich die Bildungsministerin vor einheitlichen Rahmenplänen, wie es sie früher gab? Mit diesen wussten die Lehrer\*innen, welche Lerninhalte in der jeweiligen Klassenstufe zu vermitteln sind. Hat sie Angst davor, dass bestimmte Bezirke auffallen würden, wegen der geringen Kenntnisse ihrer Schüler\*innen.

Die Hauptschule wurde abgeschafft, weil sie als sogenannte „Resteschule“ galt. Diese Schulen hatten aber kleine Klassen und besondere Förderprogramme.

Warum hat man hier nicht das duale System aus den 60er und 70er Jahren eingeführt. Dort wurden Schüler\*innen unterrichtet, aber auch auf den Beruf

durch vorhandene Werkstätten vorbereitet.

Der Wegfall der Vorklasse, die Einschulung mit fünf Jahren und die übereilte Einführung der Inklusion ohne ausreichende Sonderpädagog\*innen, dazu der Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen haben eine zielorientierte Unterrichtung in Hinblick auf Leistung der Grundschulschüler\*innen maßgeblich negativ beeinflusst, oft sogar unmöglich gemacht.

Viele der Kinder, die mit 5 Jahren eingeschult wurden, haben wir auf Grund ihres natürlichen Bewegungsdrangs zu ADHS Kindern gemacht, die mit Tabletten ruhiggestellt wurden. Welcher Entwicklungspsychologe hat hier die Bildungssenatorin beraten oder wurde keiner hinzugezogen?

Die „eigenverantwortliche Schule“ kommt immer dann ins Spiel, wenn die Bildungsverwaltung keine Vorgaben und Entscheidungen vorgeben will oder dieses nicht kann.

Eins der Beispiele dafür ist das Teilzeiturteil. Die Bildungsverwaltung hätte festlegen müssen, wodurch die Teilzeitbeschäftigten bei den vorgegebenen

nen Aufgaben an der Schule entlastet werden. Die Bildungsverwaltung gab diese Entscheidung in die Hände der Gesamtkonferenz, um selbst nicht tätig werden zu müssen. Das ist Feigheit vor der Realität.

Die größte Dummheit ist die Abschaffung der äußeren Differenzierung. Nimmt man die ausschließliche Binnendifferenzierung ernst, bedeutet das Folgendes:

Angenommen eine Klasse besteht aus 24 Schüler\*innen. Die Lehrkraft verteilt 24 binnendifferenzierte Arbeitsbögen. Sie sammelt diese Bögen ein und wertet sie aus. Sie erstellt für jeden der Schüler\*innen entsprechend dem Lernzuwachs einen neuen Arbeitsbogen. Leider hat der Tag auch für Lehrkräfte nur 24 Stunden und auch Lehrer\*innen haben Anspruch auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Nach 20 Jahren SPD-Verantwortlichkeit für die Bildungspolitik in Berlin muss man feststellen, dass sich die Leistungen der Berliner Schüler\*innen trotz ständiger Reformen, die nur zum 0-Tarif eingeführt wurden, die Leistungen verschlechtert haben, was durch eine vorgegebene Prozentzahl bei der Bewertung noch verschärft wurde.

Hinzu kommt die Vernachlässigung der Ausbildung von Grundschullehrer\*innen.

Den Kollaps in der Berliner Schule verhindern im Augenblick die Quer- und Seiteneinsteiger (ehemals Lehrer\*innen ohne volle Lehrbefähigung – LovL).

Bei jeder Abgeordnetenhauswahl hören wir den Slogan „die Jugend ist unsere Zukunft“.

Was wir in den letzten Jahren festgestellt haben, die Berliner Bildung wurde voll gegen die Wand gefahren.

Die Zukunft unserer Kinder ist bildungspolitisch erschreckend unter Koalition zwischen der SPD, Bündnis90/die Grünen und den Linken. Wobei viele Lehrer\*innen, besonders der Ex-DDR, feststellen, dass wir uns immer mehr der Schul- und Kita-Ideologie der alten DDR anpassen: Einfluss des Staates von der Geburt bis zum Tod.

Hatten wir nicht einmal eine friedliche Revolution, um das DDR-Regime abzuschaffen?

Viele ehemalige DDR-Kolleg\*innen haben im Bildungsbereich den Eindruck, dass es gerade wieder aufgebaut wird.

Erna Dolle

## Statement zur neuen PISA-Studie

Schon wieder ein Pisa-Schock? Sind die Lese- und Rechenleistungen unserer Schülerinnen und Schüler wirklich derart „beunruhigend“ und „besorgniserregend“ wie in Veröffentlichungen beschrieben (s. Zeit Nr. 51, S. 47)? Von „größten Bildungsproblemen“, „Bildungsarmut“ und „Kompetenzverlusten“ ist die Rede. Die „Zukunftsarmut“ bedrohe unsere Republik, „die pädagogischen Fortschritte in der Schule seien gefährdet. Und – am Schlimmsten ist die Kategorisierung der Schülerinnen und Schüler in „Risikoschüler“ und „schwache Schüler“. Das erinnert mich an den Begriff „der schlechte Schüler“ aus dem Pädagogikstudium, der aufgrund seiner Einstufung von vornherein keine Chance erhielt, sich zu profilieren, weil er einmal diesen Stempel aufgedrückt bekam. Diese Zeiten einer von Vorurteilen geprägten Pädagogik seien bereits in den 70er Jahren des

vergangenen Jahrhunderts hinter uns, dachten wir jedenfalls naiv als frisch gebackene Lehrerinnen und Lehrer und stürzten uns in das Abenteuer Gesamtschule, die Chancengleichheit, später Chancengerechtigkeit versprach. Kann man nicht dankbar, stolz und froh auf 40 Jahre Gesamtschulerfahrung zurückblicken, in denen während jeder Unterrichtsstunde gerade und besonders auf diejenigen Kinder und Jugendlichen geachtet wurde, die in der Schule mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, aus welchen Gründen auch immer. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich gerade für Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise in Einzel- und Elterngesprächen, Vermittlung von sozialpädagogischer sowie psychologischer Betreuung, usw. einsetzten, wurden krank. Die einzige Kollegin, der es während meiner gesamten aktiven Laufbahn gelang, dass alle Schülerinnen und Schüler ihrer Klasse einen Abschluss bekamen, wurde so krank, dass sie vorzeitig unfreiwillig aus dem Dienst entlassen werden musste. Ganze Generationen von Lehrerinnen und Lehrern wurden von den Schulverwaltungen verschlissen, von einer Reform in die andere gejagt, ganz besonders nach der ersten PISA-Hysterie vor ca. 20 Jahren. Wer erinnert

sich nicht an Klippert? Fast flächendeckend wurde „geklippert“, an Wochenenden das gesamte Kollegium geschult. „Die einzige Reform, die der Senat noch finanziert“, hieß es, als das „einzig Wahre“ wurde diese Methode angepriesen. Dass das Ganze schief laufen würde, erkannten damals diejenigen, die sich nur ein wenig mit BWL befassten. Ökonomische Grundprinzipien einfach auf das System Schule zu übertragen, funktionieren nicht, wurde argumentiert. Die Schulverwaltungen stellten sich taub.

Unterricht soll sich ändern, wird gefordert, schon wieder. Wie so oft, ist Schulpolitik auch in unserer Demokratie immer noch ideologisch verseucht. Schulleben und Lernbereitschaft entsteht nicht am grünen Tisch, sondern immer in Beziehungen. Wichtig sind und bleiben die Kinder und Jugendlichen. Ihnen muss unsere ganze Aufmerksamkeit, unser ganzes Engagement, aber auch unsere Anerkennung (s. Prenzel u.a.) und vor allem Wertschätzung zukommen. Auch Fächer wie Biologie, Erdkunde, Musik Kunst und Sport sind wichtig. Emotionale und soziale Kompetenzen erhalten in den vergangenen Jahren in vielen Veröffentlichungen eine größere Aufmerksamkeit.

So etwas können jedoch empirische Untersuchungen nicht erfassen. Deshalb wird die PISA-Studie zu Recht als einseitig und tendenziös auch von namhaften Experten eingestuft. Finnland taugt nicht als Referenz, weil dort viel weniger zugewanderte Menschen leben als in Deutschland. Das gilt natürlich auch für den Vergleich schulischer Einrichtungen. Wenn aber gefordert wird, dass jedem Schüler, jeder Schülerin beim Verfehlen von Mindeststandards wie in Finnland ein Tutor zur Seite gestellt werden soll, so ist diese Forderung schlicht unrealistisch, wenn noch nicht einmal genug Geld und Personal für dringend notwendigen Aufgaben von Schule wie z. B. Die Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebs zur Verfügung gestellt wird, von einer sinnvollen Förderkultur ganz zu schweigen. Schleicher von der OECD fordert verstärkt Kooperation. Zwischen den Verwaltungen und den Schulen, das gilt aber auch für Schulleitungen und Kollegium genauso wie

für die Kolleginnen und Kollegen untereinander und nicht zuletzt unter den Schülerinnen und Schülern. Diese Kompetenz wird auch in der Wirtschaft immer mehr eingefordert, kann jedoch sehr schwer in empirischen Tests erfasst werden.

Man kann schon die Heerscharen von schnaubenden Schimmeln am Horizont erblicken, deren Reiter wieder die Reformkeulen schwingen. Wen wundert, dass so wenig junge Menschen den Lehrerberuf ergreifen wollen? DDR-Verhältnisse, wo die Lehrerinnen und Lehrer in den großen Sommerferien und darüber hinaus in ihrer Freizeit zu Förderunterricht verpflichtet wurden, wollen wir sicher nicht wieder. Das sollen und müssen freiwillige Angebote bleiben.

Die Studie und vor allem viele Kommentare dazu sind eine Ohrfeige für jeden engagierten Kollegen, jede Kollegin und eine Misskreditierung ihrer Anstrengungen. Ich wiederhole meine

Forderung an die Berliner Schulverwaltung vom Beginn dieses Jahres (vgl. VBE-aktuell 2-3 2019, S. 30 f.): Lasst endlich die Kolleginnen und Kollegen ihre verantwortungsvolle Arbeit in Ruhe machen und sorgen Sie für Entlastung sowie eine angemessene Bezahlung. „Unbedingt müssen die Klassenfrequenzen und die Stundenzahl sowie das Renteneintrittsalter gesenkt werden (kaum ein Kollege, eine Kollegin erreicht es)! Ansonsten wird die Situation noch prekärer zum Nachteil der Kinder und Jugendlichen. (...)“

Die Schulverwaltung sollte endlich einmal die nicht leichte und verantwortungsvolle Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wertschätzen, sie in Ruhe lassen und ihnen vertrauensvoll entgegen kommen. Viele arbeiten über ihr Limit hinaus und versuchen trotz allem dem gesteigerten Aufwand gerecht zu werden.“

Ralf Kennis, Sekundarschulrektor i. Ur.  
ralf@kennis.de ■

Tagesspiegel vom 13.1.2020

## Verbeamtung als Lockmittel nur in Brennpunktschulen

Ich bin überrascht, dass sich dieser komische Verein „BISS“ zum Thema Brennpunktschule äußert. Aus dem Vorstand ist nachweislich nur Herr Jungmann (Julius Leber Schule) an einer Brennpunktschule, alle anderen Personen sind Schulleiter/innen an ISS mit gymnasialer Oberstufe, die auf Grund der Zusammensetzung der Schülerschaft nicht die Probleme einer Brennpunktschule haben.

Zum Verbeamtungsvorschlag: Alle in diesem Verein handelnden Personen sind Beamte. Als Schulleiter/innen sollten sie das deutsche Beamtenrecht so-

weit kennen, dass die Eignung als Beamtin/er in der Qualifikation liegt und nicht in seinem/ihrem zukünftigen Einsatzort. Daher gilt nach dem Prinzip der Bestenauslese: Zuerst Verbeamtung aller Lehrerinnen und Lehrer mit abgeschlossener Ausbildung als Lehrkraft, dann gegebenenfalls Bestenauslese. Vorschlag wieder PH: Mühsam haben die Gewerkschaften nun die Anerkennung der Grundschullehrerausbildung als gleichwertig erreicht (A 13) und nun dieser Vorschlag einiger ewig Gestriger, vielleicht sollten wir die Lehrerbildungsanstalten des 19. Jahrhunderts wieder einführen.

Nein, ohne Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer und dies recht zügig, wird das nichts mehr in Berlin. Von Wowereit als Sparmaßnahme eingeführt, ist er wie bei so vielem gescheitert und ist verantwortlich für diese Bildungskatastrophe. Zusätzlich hat er uns Frau Scheeres eingebrockt, das verschärft die Krise noch zusätzlich.

Abschließend: Ich habe Verständnis für jeden angestellten, ausgebildeten Lehrer/in, die zum kommenden Schuljahr Berlin verlassen und sich in einem anderen Bundesland verbeamten lassen.  
Heiner Sievert ■

### Naturgefahrenbilanz 2019: Milliarden Schäden durch Stürme, Hagel und Starkregen

Die Naturgefahrenbilanz 2019 fällt leicht unterdurchschnittlich aus. Das Jahr steht dennoch für einige schwere Stürme, große Hitze und starke lokale Überschwemmungen – und ist damit charakteristisch für Extremwetter in Deutschland. Das hat der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bekannt gegeben. Im Jahr 2019 haben Stürme, Hagel und

Starkregen in Deutschland versicherte Schäden an Häusern, Hausrat, Gewerbe, Industrie und Kraftfahrzeugen in Höhe von 3,2 Milliarden Euro verursacht. Die Bilanz liegt damit auf dem Vorjahresniveau und unter dem langjährigen Durchschnitt von rund 3,7 Milliarden Euro.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben sich die Leistungen für Sturm-, Hagel-, Blitz- und Überschwemmungsschäden an Kraftfahrzeugen auf geschätzte eine Milliarde Euro fast verdoppelt. Allein die Unwetterserie und der Hagel an Pfingsten schlugen 2019 mit

Schäden an Kraftfahrzeugen von rund 350 Millionen Euro zu Buche. Insgesamt liegen die Schäden voraussichtlich jedoch rund fünf Prozent über dem langjährigen Schnitt von 950 Millionen Euro. Sturm und Hagel und weitere Naturgefahren wie Starkregen verursachten Schäden in Höhe von 2,2 Milliarden Euro und liegen damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 2,7 Milliarden Euro. Allein im März mit den Stürmen „Dragi“ und „Eberhard“ dürften Schäden von knapp 500 Millionen Euro angefallen sein.

www.dbb-vorteilswelt.de ■

# BUDDIES FOR PEACE Schülerpreis für friedensfähige Bildung



## Wie können wir mit Konflikten umgehen?

**WAS:** Theaterprojekte, Streitschlichterinitiativen, Aktivitäten gegen Diskriminierungen und Mobbing, Beschäftigung mit Beispielen unterschiedlichen Konfliktverhaltens und kreativer Konfliktlösungen, beispielhafte Versuche einer demokratischen Streitkultur u.ä.m.

**WER:** Beteiligen können sich alle Schulformen und Jahrgangsstufen, die gesamte Schule, einzelne Jahrgangsstufen oder Klassen, Arbeitsgemeinschaften, Lerngruppen aller Art und auch einzelne Schülerinnen und Schüler in Berlin.

**WIE:** Onlinebewerbung unter: [www.buergerstiftung-berlin.de/buddiesforpeace](http://www.buergerstiftung-berlin.de/buddiesforpeace)

**Bewerbungszeitraum:**  
14. April – 15. Mai 2020

**Kontakt:**  
Bürgerstiftung Berlin,  
[mail@buergerstiftung-berlin.de](mailto:mail@buergerstiftung-berlin.de)  
**Preisgeld: 5.000 Euro**

**1. PREIS:**  
2.500 Euro + ein Buddy Bär von Buddy Bear Berlin.  
**2. + 3. PREIS:**  
zusammen ebenfalls 2.500 € aufgeteilt nach Gewichtung der Jury.  
Die Jury bewertet die Projekte insbesondere nach folgenden Kriterien:

- Sensibilisierung für wechselseitige Problemwahrnehmung zwischenmenschlicher und gruppenbezogener Konflikte unter Einbezug gesellschaftlicher Vielfalt

- Aufklärung und selbstkritische Korrektur von verhaltensbestimmender Voreingenommenheit und Vorurteilen
- Auseinandersetzung mit Überheblichkeit, Ungerechtigkeit sowie handlungsleitenden Motiven und Interessen
- Kritische Auseinandersetzung mit Herrschaftsansprüchen, physischer, psychischer und struktureller Gewalt
- Reflektierter Umgang mit Sprache, dialogische Überwindung polarisierender Denkmuster
- Förderung von Mitgefühl (universeller Empathie), Versöhnungsbereitschaft, solidarischem Handeln
- Förderung von Zivilcourage und respektvollem Tolerieren von Differenzen

Alle Teilnahme-Infos und Online-Bewerbung unter: [buergerstiftung-berlin.de/buddiesforpeace](http://buergerstiftung-berlin.de/buddiesforpeace)

## Die Würde des Menschen muss unantastbar bleiben

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar erklärt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte:

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen, lautet Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Mit dieser Erklärung reagierte die Weltgemeinschaft 1948 auf die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, die die Opfer ihrer Menschenwürde und jeglicher Rechte beraubt hatten. Auch das Grundgesetz bekennt sich zur Unantastbarkeit der Menschenwürde und garantiert die Menschenrechte.“

75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz nimmt das Unwissen über die Shoah zu. Die Menschheitsverbrechen des national-



sozialistischen Deutschland werden heruntergespielt oder gar gelehnet. Antisemitischer, antiziganistischer und rassistischer Hass und Hetze vergiften zunehmend das gesellschaftliche Klima hierzulande und bedrohen Demokratie, Rechtsstaat und das friedliche Miteinander. Wir alle, in Staat, Politik und Zivilgesellschaft, haben die Verantwortung, die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wachzuhalten und denen zu widersprechen, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder leugnen – und damit die Opfer verhöhnern. Wir sind den Überlebenden der nationalsozialistischen Mordmaschine und Verfolgung unendlich dankbar, dass sie es – oft bis ins hohe Alter – auf sich genommen haben, Zeugnis abzugeben. Ihr Engagement ist uns Verpflichtung.

Mitmenschlichkeit und Solidarität sind zentrale Fundamente einer starken Demokratie. Deshalb dürfen wir nicht wegsehen, wenn heute Menschen herabgewürdigt und ausgegrenzt werden. Menschenrechte gelten für alle Menschen, weil sie Menschen sind, jederzeit und überall. Ohne Anerkennung der gleichen Menschenwürde und der unveräußerlichen Menschenrechte gibt es keine Freiheit, keine Gerechtigkeit und keinen Frieden – in Deutschland und in der Welt.“

*Deutsches Institut für Menschenrechte*  
24.01.2020

## Gaia X

Europa hat sich in der technischen Entwicklung abhängen lassen! Länder wie die USA, China oder Südkorea sind inzwischen in vielen Bereichen führend. Um gegenzusteuern, soll zunächst eine eigene europäische Datei-Infrastruktur aufgebaut werden, die zunächst die Geschäftswelt nutzen soll. Geschäftsdaten sollen nicht mehr auf amerikanischen, sondern auf europäischen Servern gespeichert werden. Wussten Sie, dass die Bodycam-Bilder der Bundespolizei auf Amazon-Servern gespeichert werden? Auch dies soll zukünftig auf europäischen Servern geschehen. Der deutsche und europäische Datenschutz ist streng, manchmal sogar zu restriktiv, schützt jedoch die eigenen Daten vor Missbrauch. Deshalb ist die Nutzung europäischer Dienste empfehlenswert, also auch privat, z.B. Threema oder EyeEm. Eine 56-seitige Informationsbroschüre zu Gaia X finden Sie hier: [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

## Alte Smartphones

In zehn Filialen testet der Media-Markt derzeit einen Automaten, der alte Smartphones ankauft. Der Automat erkennt Marke, Modell und Zustand. Auch defekte Geräte werden angenommen, wenn sie noch als Ersatzteiler taugen. Wird der angebotene Preis akzeptiert, drückt das Gerät einen Warengutschein aus. Bei Einlösung wird an der Kasse der Ausweis verlangt, um den Ankauf von gestohlenen Smartphones zu verhindern. [www.mediamarktsaturn.com](http://www.mediamarktsaturn.com)



## Kabel

Plötzlich funktioniert Ihr DisplayPort am Monitor nicht mehr ordentlich? Sie haben einen neuen Monitor? Das Aufladen Ihres Smartphones dauert zu lange? Ihre Internetverbindung ist langsam? Denken Sie daran, dass viele Probleme auch an alten, nicht mehr geeigneten Kabeln liegen können! So sind z.B. ältere DisplayPort-Kabel nicht für eine 4K-Auflösung oder ein 144-Hz-Display geeignet, ältere Internet-Kabel (Ethernet-Netzwerkkabel) schaffen oft nur eine Übertragungsrate von 10 oder 100 Mbit/s. Vor Kauf eines neuen Kabels

lohnt es sich, die Preise zu vergleichen. So werden Kabel mit identischen Werten oft von 10 bis über 100 Euro angeboten! Meist reicht das günstigere Kabel aus, achten Sie auf Bewertungen oder Empfehlungen, z.B. hier: [www.topratgeber24.de](http://www.topratgeber24.de)

## Presenter

Der Presenter hat den alten Zeigestock weitgehend abgelöst. Natürlich gibt es noch Zeigestöcke, nicht mehr den klassischen Rohrstock, sondern z.B. den Teleskop-Zeigestock mit einer Spitze, die das Whiteboard nicht beschädigt (ca. 5 Euro). Ein Teleskop-Zeigestock mit integriertem Laserpointer kostet ca. 20 Euro, auch mit Gravur (z.B. bei [www.geschenke-star.de](http://www.geschenke-star.de)). Für technik-affine Lehrer kommt nur ein echter Presenter infrage, mit dem per Laserpointer markiert werden kann, aber auch Animationen gesteuert und der Mauszeiger bewegt werden können. Gute Presenter, z.B. von Hama, Logitech oder Kensington, kosten ab ca. 30 Euro. Eine gute Übersicht finden Sie z.B. hier: <https://strawpoll.de/presenter>

## Sonnenbrille

Der nächste Sommer kommt bestimmt! Für Sonnen- und Musikliebhaber ist die neue Sonnenbrille von Bose gedacht. In die Brille sind Bluetooth-Kopfhörer integriert, die Bedienung erfolgt über eine Taste am Bügel oder durch eine App. Der Preis ist hoch (ca. 230 Euro), Gläser in eigener Sehkraft werden noch nicht angeboten. Dafür ist der Klang wie von Bose gewohnt sehr gut! [www.bose.de](http://www.bose.de)

## Fire HD 10 Kids

Kinder brauchen weder ein Handy noch ein Tablet! Wenn die Eltern anderer Meinung sind, sollten sie wenigstens zu Geräten greifen, die speziell für Kinder entwickelt wurden. So hat z.B. das neue „Fire HD 10“ von Amazon in der „Kids-Edition“ eine Schutzfunktion, in der die Eltern alle Rechte, Zugriffsmöglichkeiten und Nutzungszeiten festlegen können. Der Normalpreis von 199,00 Euro ist hoch, angeboten wird es meist für knapp 140 Euro. Die technischen Daten sind ordentlich, die 2-jährige Garantie auch bei selbst verschuldetem Defekt vorbildlich! [www.amazon.de](http://www.amazon.de)

## Portierungsgebühr

Sie wechseln regelmäßig ihren Mobilfunk-Anbieter? Um Ihre Rufnummer zu behalten, wird eine Portierungsgebühr fällig. Bei Vodafone hat die Bundesnetzagentur nun entschieden, dass eine Gebühr von fast 30 Euro für den Verwaltungsaufwand zu hoch ist. Bald könnte ein Wechsel kostengünstiger werden!

## Arlo Video Doorbell

Arlo, ein Netgear-Ableger, ist mit über 10 Millionen verkauften Kamerasystemen einer der größten Hersteller von Internet-Kameras. Neu ist eine Video-Türklingel, die ab Anfang 2020 in Deutschland angeboten werden soll. Damit bekommt Ring, der derzeitige Marktführer, einen starken Konkurrenten. Wie bei Ring ist das Speichern von Aufnahmen in der Arlo-Cloud kostenpflichtig. Ein Preis wird erst 2020 genannt. [www.arlo.com](http://www.arlo.com)

## Microsoft

Windows 10 Mobile wird nicht mehr weiterentwickelt, Windows für Smartphones ist Geschichte. Jetzt setzt sich Microsoft auf Android, im nächsten Jahr soll das „Surface Duo“ erscheinen, ein Smartphone mit zwei Displays zum Aufklappen. Im Gegensatz zu den Fold-Displays von Samsung oder Huawei soll die Technik bewährt und stabil sein. Stimmen der Preis und die technischen Spezifikationen, hat Microsoft gute Chancen, erfolgreich zu werden! [www.microsoft.com](http://www.microsoft.com)

## Spieglein, Spieglein ...

Ihr Spiegel spricht nicht mit Ihnen? Dann fehlt Ihnen der „HiMirror“, ein smarterer Spiegel, der auch eine Hautanalyse durchführen kann! Ein echter Spiegel ist es allerdings nicht, sondern ein Display mit Kamera, also eine Art Tablet mit Android-System und vorinstallierten Apps. Im Gegensatz zu einem normalen Spiegel ist das Bild nicht seitenverkehrt. Der „Hi-Mirror Mini Premium“ kostet knapp 260 Euro. [www.himirror.com](http://www.himirror.com)

## App-Tipp: Der Postillon

Das satirische Magazin „Der Postillon“ wurde u.a. 2013 mit dem Grimme-On-



line-Award ausgezeichnet. Satire z. B. in Form von Nachrichten, Umfragen, Interviews oder Ratgebern. Die Inhalte werden täglich aktualisiert, die App ist kostenlos, im Browser ist das Angebot erreichbar unter:  
[www.der-postillon.com](http://www.der-postillon.com)

## Internet

Sie suchen eine bestimmte Fernsehsendung, wissen aber nicht mehr, wann und wo sie ausgestrahlt wurde? Hier finden Sie eine Datenbank mit über 75.000 Einträgen aller öffentlich-rechtlichen Sender. Sendungen lassen sich suchen, sortieren und direkt abspielen.  
[www.mediathekdirekt.de](http://www.mediathekdirekt.de)

Sie suchen nach einem Geschenk für eine Kollegin oder einen Kollegen? Hier finden Sie viele Ideen, meist aus dem Amazon-Sortiment:  
[www.lehrerecke.de/geschenkideen](http://www.lehrerecke.de/geschenkideen)

Bekommt Ihr Smartphone ein Update auf Android 10? Anfang September 2019 wurde diese Version von Google veröffentlicht, jetzt passen die Hersteller diese Version an ihre Geräte an. Am schnellsten wird es bei den Pixel-Modellen von Google zur Verfügung stehen, selbst die erste Pixel-Generation aus dem Jahr 2016 erhält noch Android 10. Andere Hersteller stellen bereits nach 2 Jahren die Versorgung mit Updates ein! Hier können Sie nachschauen, ob Sie mit Android 10 rechnen können:  
[www.connect.de](http://www.connect.de)

Sehen Sie jünger aus, als Sie sind? Hier wird anhand eines Fotos Ihr Alter geschätzt. Das Ergebnis ist häufig erstaunlich korrekt! Der Microsoft-Dienst speichert nach eigenen Angaben das hochgeladene Foto nicht!  
[www.how-old.net](http://www.how-old.net)

## Tipps und Tricks

### Ratgeber/Testberichte

Im Internet finden Sie unzählige Seiten,

die die Ergebnisse von Produkttests anbieten oder Rat in allen Fällen geben. Die meisten dieser Angebote sind weitgehend unabhängig, jedoch auf Werbung und Weiterleitungen angewiesen. Wenn Sie also z. B. auf das empfohlene Produkt klicken und zu Amazon weitergeleitet werden, dann verdient der Seitenbetreiber!

### Bildbearbeitung

Sind Dateien der Bilder Ihrer Kamera zu groß für die Website der Schule? Wollen Sie nur einen Ausschnitt verwenden? Sie können das in Windows enthaltene Programm „Paint“ oder „Paint 3D“ (kostenloser Download) nutzen, um alle Änderungen vorzunehmen! Paint finden Sie in der Rubrik „Zubehör“, dort können Sie z. B. mit „Auswählen“ einen Rahmen ziehen und dann über „Zuschneiden“ den Ausschnitt aktivieren. Über „Größe ändern“ können Sie einen prozentualen Wert festlegen, um den das Bild verkleinert werden soll. Speichern Sie immer unter einem neuen Namen ab, sonst wird das Originalbild überschrieben!

### Windows-Updates

Große Updates (Funktionsupdates) installiert Windows 10 nicht mehr automatisch sofort. Um zu prüfen, ob bei Ihnen die aktuelle Version 1903 installiert ist, drücken Sie die Tastenkombination <Win>+<i> und wählen „System“. Unter „Info“ finden Sie neben den Daten Ihres Rechners auch die Windows-Version: Ist diese nicht aktuell, dann sollten Sie über „Update und Sicherheit“ nach Updates suchen und alle verfügbaren Updates installieren!

### Samsung TV mit Alexa

Ihr Samsung-TV lässt sich per Smartphone steuern? Dann funktioniert er auch über Alexa. Beim Fernseher müssen Sie dazu die App „Smart-Things“ installieren. Auf Ihrem Smartphone benötigen Sie ebenfalls die App SmartThings von Samsung. In der Alexa-App muss nun nur noch der Skill SmartThings installiert werden, einloggen müssen Sie sich mit dem Samsung-Konto, das auch

auf dem Fernseher aktiv ist. Nun lässt sich der Fernseher über Alexa steuern! Hier finden Sie ausführliche Lösungen auch für andere Hersteller:  
[www.computerbild.de](http://www.computerbild.de)

### WLAN-Passwort

Sie haben Ihr WLAN-Passwort vergessen? Wenn Sie es nicht geändert haben, dann steht es wahrscheinlich unter Ihrem Router. Ist es geändert, sehen Sie es im Router-Menü. Das Menü der FRITZ! Box erreichen Sie im Browser (z. B. Firefox unter <http://fritz.box>), benötigen für den Zugriff aber ebenfalls ein Passwort, oft ist es „0000“. Läuft ein Windows-Rechner im WLAN, ist es noch einfacher. Hier finden Sie eine reich bebilderte Anleitung der fünf nötigen Schritte:  
[www.heise.de](http://www.heise.de)

### Ältere Windows-Versionen

Sie sind noch nicht auf Windows 10 umgestiegen? Für Ihre Windows-Version wurde der Support eingestellt? Dann sollten Sie „EMET“ installieren! Das „Enhanced Mitigation Experience Toolkit“ überwacht Windows und meldet sich z. B., wenn auf ein Programm unberechtigt zugegriffen wird. Zwar wird EMET nicht mehr weiterentwickelt, bietet aber für ältere Windows-Versionen zusätzlichen Schutz. Sie erhalten das kostenlose Microsoft-Programm z. B. hier:  
[www.heise.de](http://www.heise.de)

### Google-Maps-Route

Die Routeneingabe am Smartphone ist Ihnen zu lästig? Dann planen Sie die Route am PC und senden sie an Ihr Android-Smartphone! Wenn Sie mit Ihrem Google-Konto angemeldet sind, erscheint ein Menüpunkt „Wegbeschreibung auf mein Smartphone senden“. Sie können Ihr Smartphone auswählen oder sich eine SMS oder Mail senden lassen.

## Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Klimaschutz
- LG G8X ThinQ
- Gimbals

Rückmeldungen erwünscht!  
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:  
[N.Ristic@gmx.de](mailto:N.Ristic@gmx.de)

## Arztbesuche während der Arbeitszeit – Was ist erlaubt und was nicht?

### Rechte der Arbeitnehmenden

Generell sind Arztbesuche während der Arbeitszeit nicht erlaubt. Während der vertraglich geregelten Arbeitszeit stellen die Beschäftigten ihre Arbeitskraft zur Verfügung und haben ihre Leistungspflicht zu erfüllen. Zwar sollte jeder Arbeitgeber grundsätzlich ein Interesse an der Gesundheit seiner Mitarbeitenden haben, dennoch sind Arztbesuche an sich eine private Aktivität, die in aller Regel in der Freizeit wahrzunehmen ist. Etwas Anderes gilt dann, wenn aufgrund der Umstände des Einzelfalls ein Arztbesuch unumgänglich während der Arbeitszeit stattfinden muss. In solchen Fällen hat der Arbeitgeber dies zuzulassen und die Arbeitnehmenden entsprechend freizustellen. Dazu enthält § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) die Regelung zur Entgeltzahlungspflicht, wenn Arbeitnehmende für eine nur verhältnismäßig kurze Zeit verhindert sind. Es muss ein Grund für die Hinderung an der Erbringung der Arbeitsleistung in der Person der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers ohne deren Verschulden vorliegen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in seiner Rechtsprechung zu dieser Vorschrift Grundsätze entwickelt, unter welchen Voraussetzungen die Zeit eines Arztbesuchs vergütet werden muss. Dazu zählen regelmäßig medizinisch notwendige Arztbesuche. Diese müssen unumgänglich beziehungsweise dringlich sein. Das ist der Fall, wenn eine Behandlung sofort erfolgen muss, etwa bei akuten Schmerzen.

### Terminfindung außerhalb der Arbeitszeit.

Zunächst müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch versuchen, einen Arzttermin außerhalb ihrer persönlichen Arbeitszeit zu vereinbaren. Ist dies zum Beispiel wegen der Öffnungszeiten der Arztpraxis nicht möglich, so muss die Arbeitgeberseite auch bei Abwesenheit Entgelt zahlen. Ebenso, wenn die Praxis auf die Terminwünsche der Patientin oder des Patienten nicht eingehen kann oder will. Dies spielt auch bei medizinisch unvermeidbaren Behandlungen eine Rolle. So muss eine Blutabnahme stets im nüchternen Zustand erfolgen und wird dementsprechend auf die Morgenstunden gelegt. Grundsätzlich sollten alle Termine während der Arbeitszeit gut begründet werden.

### Freie Arztwahl

Das BAG hat durch seine Rechtsprechung klargestellt, dass es den Beschäftigten frei überlassen bleibt, welchen Arzt sie konsultieren. Somit steht es der Arbeitgeberseite nicht zu, die Ärztin oder den Arzt vorzuschlagen oder gar vorzuschreiben, weil diese beispielsweise flexiblere Behandlungsmöglichkeiten durch längere Sprechstundenzeiten anbieten. Die freie Arztwahl hat Vorrang vor den Interessen der Arbeitgebenden, die die Bezahlung während eines Arztbesuchs natürlich möglichst vermeiden wollen (Entscheidung des BAG vom 29. Februar 1984, Aktenzeichen 5 AZR 92/82).

### Voraussetzungen der Entgeltfortzahlung

Anstelle des Freistellungsanspruchs nach § 616 BGB kann sich ein Anspruch auf Entgeltfortzahlung auch aus den Vorschriften zum Entgeltfortzahlungsgesetz ergeben. Diese Regelungen greifen immer dann ein, wenn eine krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Für den Arztbesuch während der Arbeitszeit bedeutet dies, dass die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer bereits während des Arztbesuchs arbeitsunfähig erkrankt sein muss. Die Beschäftigten werden dann durch die Ärztin oder den Arzt krankgeschrieben und suchen ihren Arbeitsplatz im Anschluss nicht wieder auf. In diesem Fall verdrängen die Vorschriften des Entgeltfortzahlungsgesetzes die Regelung des § 616 BGB.

### Arztbesuch während der Arbeitszeit – Was ist erlaubt und was nicht?

Teilzeitkräfte haben nach Ansicht der Arbeitsgerichte aufgrund ihrer geringeren Arbeitszeit ebenfalls die Möglichkeit, ihre Arzttermine außerhalb ihrer Arbeitszeit zu legen. Aber auch hier sind Ausnahmen denkbar.

### Vorsorge- und regelmäßige Untersuchungen

Ärztliche, zahnärztliche oder Krebsvorsorgeuntersuchungen dienen der Vorbeugung und Erhaltung der Gesundheit. Sie sind notwendig, jedoch meistens nicht akut. Somit fehlt für den Freistellungsanspruch das Erfordernis der Dringlichkeit. Es kann daher bei solchen Untersuchungen von den Arbeitnehmenden erwartet werden, dass sie die

Termine in ihrer Freizeit wahrnehmen. Auch längere Wartezeiten auf die Termine können in diesem Fall nicht als Argument geltend gemacht werden. Selbst ein Tag Urlaub wird für solche Untersuchungen als rechtlich zumutbar angesehen. Eine Ausnahme stellen dabei jedoch Vorsorgeuntersuchungen bei Schwangeren dar. Das Mutterschutzgesetz regelt diesen Freistellungsanspruch für Vorsorgeuntersuchungen mit entsprechender Entgeltfortzahlung.

### Ärztliche Bescheinigung zur Absicherung sinnvoll

Beschäftigte sollten sich zu ihrer eigenen Absicherung stets eine ärztliche Bescheinigung darüber ausstellen lassen, dass ein Arzttermin außerhalb der Arbeitszeit nicht möglich war. Damit befinden sie sich auf der sicheren Seite, falls die Arbeitgeberseite einen Nachweis darüber fordert, dass die Ärztin oder der Arzt dem Wunsch auf Verlegung des Termins nicht entsprochen hat. Eine Bescheinigung sollte auch über die Dauer der Anwesenheit in der Praxis ausgestellt werden, damit Arbeitnehmende ihre genaue Abwesenheitszeit rechtfertigen und dokumentieren können.

### Tipps für die Praxis

Arbeitnehmende müssen sich grundsätzlich ernsthaft bemühen, Arztbesuche außerhalb ihrer täglichen Arbeitszeit wahrzunehmen. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte mit Gleitzeitmodell. In akuten Fällen kann davon abgewichen werden. Dann steht den Beschäftigten ein Entgeltfortzahlungsanspruch zu. Gleiches gilt, wenn die Ärztin oder der Arzt auf die Terminwünsche der Arbeitnehmenden keine Rücksicht nimmt und diese somit keine Chance erhalten, die Arbeitsverhinderung zu vermeiden. Eine ärztliche Bescheinigung ist stets zu empfehlen. Arbeitnehmende, die sich nicht bemühen, einen Arzttermin außerhalb der Arbeitszeiten zu vereinbaren, gehen das Risiko einer Vertragsverletzung ein und müssen mit entsprechenden Konsequenzen, zum Beispiel einer Abmahnung, rechnen.

tacheles 1/2 Januar/Februar 2020

Text wurde gekürzt und kann unter [www.vbe-berlin.de/schulrecht](http://www.vbe-berlin.de/schulrecht) vollständig gelesen werden. ■

## Dein VBE braucht dich! Personalratswahlen 2020 – werde Kandidat\*in!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Personalräte sind wichtig, weil sie sich für Sie bei Ihrer Dienststelle/ bei Ihrem Dienstherrn in sozialen, arbeits- und dienstrechtlichen sowie personellen Angelegenheiten einsetzen.

Im **November 2020** werden die neuen Personalräte der Bezirke und des Gesamtpersonalrates gewählt. Wir suchen weitere Kollegen\*innen, die sich für die Personalratsarbeit interessieren und für eine Kandidatur zur Verfügung stehen.

Der VBE Berlin bereitet Sie auf die Aufgaben vor und steht Ihnen mit Rat zur Seite.

Wenn Sie gewählt werden, erhalten Sie selbstverständlich eine Schulung. Für die Arbeit im Personalrat gibt es eine entsprechende Dienstbefreiung (stundenweise).

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Ihr Interesse geweckt haben und Sie sich für eine Kandidatur in Ihrem Bezirk entscheiden.

Für Rückfragen stehen wir unter 030 78 79 540 oder [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de) zur Verfügung.



# 1. Hilfe Kurs mit dem VBE Berlin

Wir laden Sie zum eintägigen **1. Hilfe Kurs** inkl. Verpflegung ein.

Datum: **Samstag, 14. März 2020**

Zeit: **9.00 bis 16.30 Uhr**

Ort: **VBE-Geschäftsstelle,  
Ebersstr. 10, 10827 Berlin**

Kosten: für **VBE-Mitglieder kostenlos** (Gutscheine)  
für **Nichtmitglieder 35 €** (bei Eintritt kostenlos)

Anmeldung und Informationen unter [post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)  
und 030 7 87 95 40 (Geschäftsstelle).

Der Kurs wird in Zusammenarbeit mit der Akademie für Notfallmanagement und Brandschutz GmbH (ANB) durchgeführt.



**VBE Berlin**

*Ihre Gewerkschaft im Bildungsbereich für den gesamten Öffentlichen Dienst !*